

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK



Fototeam Hessen/M. Semmler

■ GEWERKSCHAFTLICHE UND FRIEDENSPOLITISCHE FORDERUNGEN BEIM METALLER-WARNSTREIK IN HANAU

»Was – zum Teufel – hat der Krieg in der Ukraine mit dem Warnstreik zu tun?«

Es war ein Montag Mitte Oktober, als der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Hanau/Fulda, Robert Weißenbrunner, in einer Sitzung der Hanauer Friedensplattform auftauchte und einen Vorschlag für ein Bündnis machte: ein gemeinsames Vorgehen von Gewerkschaft und Friedensinitiative am Ort in gewerkschaftlichen, sozialen und friedenspolitischen Fragen. Die von der Hanauer Verwaltungsstelle der IG Metall für den 17. November geplante Warnstreikaktion sollte über die Tarifforderungen hinaus politisiert werden, um sie mit der Abwehr der Belastungen der Lohnabhängigen durch die Folgen von Ukraine-Konflikt, Krieg und Aufrüstung sowie mit der Forderung nach Niederlegung der Waffen, Verhandlungen und Sicherheitsgarantien für alle Seiten zu verbinden. Die örtliche IG Metall werde dafür ein eigenes Flugblatt entwerfen, das auf der Vorderseite die tariflichen, auf der Rückseite die sozial- und friedenspoli-

tischen Forderungen enthalte. Zusammen mit dem DGB – auch die Regionsgeschäftsführerin des DGB Südosthessen und Vorsitzende des DGB-Kreises Main-Kinzig, Tanja Weigand, war anwesend – und ver.di Main-Kinzig/Osthessen sollte ein »Hanauer Bündnis für Frieden und soziale Gerechtigkeit« gegründet werden. Diesem schlossen sich dann später außer der Friedensplattform auch DIDF Hanau (Föderation demokratischer Arbeitervereine e.V.), VVN-BDA Main-Kinzig, Fridays for Future Hanau und der Internationale Jugendverein Hanau an. Die weiteren Vorbereitungen liefen nun im Bündnis im Gewerkschaftshaus weiter, ebenso in den Räumlichkeiten der einzelnen Organisationen. Und man versprach sich in die Hand, auch nach der Warnstreikaktion am 17. November beisammen zu bleiben und den Staffeln in der demnächst anstehenden Tarifrunde im Öffentlichen Dienst an ver.di weiterzugeben.

Der Aufruf

Die IG Metall bestimmte die inhaltliche Richtung für die Warnstreikaktion am 17. November. Das Besondere in Hanau lag aber gerade darin, dass die örtliche Gewerkschaftsführung sozial- und friedenspolitische Fragen mit den Tarifforderungen verknüpfen wollte, weil diese Themen die Lohnabhängigen in erster Linie angehen, die höheren Gewerkschaftsebenen aber nichts unternehmen, um eine solche breite Auseinandersetzung zu führen. Sie sah sich darin einig mit großen Teilen ihrer Basis besonders in den großen und kampfstarken Betrieben in Hanau und Umgebung wie Vacuumschmelze und ThermoFisher. Irgendwer, irgendwo muss doch damit anfangen, sonst bewegt sich gar nichts, so die Logik. Die DGB-Gewerkschaften, vor allem die höheren Ebenen und Vorstände, zeigen sich einig mit dem Kurs der Bundesregierung (Ampelkoalition), die sich wiederum der »westlichen« Führungsmacht USA in dem geostrategischen Vorgehen zur Schwächung Russlands unterordnet. Dies ist das eine Problem. Das andere kommt aus der Richtung der Unternehmer. Würden sie eine offene Politisierung der Tarifrunde - denn darum handelte es sich - akzeptieren, oder würden sie gerichtlich dagegen vorgehen? Würden die höheren Ebenen der IG Metall (Bezirk Mitte, Hauptvorstand) der Hanauer Organisation dann den Rücken stärken, oder würden sie sie auflaufen lassen? Es galt, dieses Risiko einzugehen, das Vorgehen auszuprobieren.

Das von der IG Metall Hanau/Fulda erstellte Flugblatt ist völlig klar in seinen Inhalten. Es fordert »*Statt Durchhalteparolen und Energiespartipps: Frieden und mehr soziale Gerechtigkeit!*«, »*Hoch mit den Löhnen, runter mit den Preisen!*«, »*Den Ukraine-Krieg sofort beenden! Waffenstillstand jetzt!*«. Weiter heißt es: »*Unser Bündnis, bestehend aus verschiedenen lokalen Organisationen, ruft alle Menschen in Hanau und Umgebung auf, sich gerade jetzt für Frieden und mehr soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Wir werden dabei die Betriebe und Verwaltungen sowie die Straße nicht rechten Hetzern überlassen und grenzen uns von diesen entschieden ab.*« Angesichts der »Funkstille« in den Gewerkschaften und Demonstrationen aus dem rechtsextremen Lager mit demagogischen, populistischen Losungen sind das notwendige Klarstellungen.

Konkret werden auf der Rückseite folgende Themen angesprochen: diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Krieges, Stopp der Aufrüstung der Bundeswehr, Umwidmung des 100-Mrd.-Aufrüstungspakets in ein Investitionsprogramm für Jugend, Soziales, Umwelt, Gesundheit und Bildung, eine Energiepreispause und weitere wirksame staatliche Regelungen, Nahverkehrsticket, Übergewinnsteuer, allgemein höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften, Erbschaften und Vermögen, klimafreundliche Energieversorgung, Ausweitung der Tarifbindung und Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung.

Das Flugblatt war kaum heraus, als es schon die ersten Einverständnis- und Solidaritätserklärungen gab. So schrieb etwa das Bremer Friedensforum: »*Ihr habt verstanden, dass man sich weder auf das Wohlwollen der Arbeitgeber noch auf die Regierung verlassen kann, wenn es um die Durchsetzung der Forderungen von Arbeitneh-*

merinnen und Arbeitnehmern geht. ... In dieser historischen Situation, in der wir uns alle gerade befinden, geht es aber nicht nur um eure und unsere wirtschaftlichen Interessen, sondern auch um ein noch wichtigeres Bedürfnis, das den allergrößten Teil der Menschen miteinander verbindet: Wir wollen nicht in einen Krieg gezogen werden! Es ist das Vermächtnis unserer Eltern und Großeltern: Nie wieder Krieg! ... Wir sagen: Schluss mit der Verarmungspolitik in Deutschland. Für Frieden in Europa muss endlich verhandelt werden! ... Die Gewerkschaften verstehen sich als Teil der Friedensbewegung in unserem Land. Wenn wir mit ihnen gemeinsam für Frieden und Völkerverständigung aktiv werden – in den Betrieben, auf der Straße und in den gewerkschaftlichen Gremien – können wir den Friedensprozess, den uns die Politiker versagen, gegen die Kriegsprofiteure durchsetzen.«

Das Marburger Bündnis »Nein zum Krieg!« schrieb im gleichen Sinne: »*Wir waren und sind begeistert, dass Gewerkschaften, die im Bündnis für Frieden und soziale Gerechtigkeit mitarbeiten, endlich den Mut haben, das Thema: Ukraine-Krieg sofort beenden! mit in ihre Forderungen aufzunehmen. Bei dem Aufruf zum bundesweiten dezentralen Aktionstag am 1. Oktober d. J., der unter dem Motto stand: Die Waffen nieder! ... haben sich die Gewerkschaften nicht öffentlich an die Seite der Friedensbe-*

Heft Nr. 1 · Januar 2023 · Jahrgang 63

»Was – zum Teufel – hat der Krieg in der Ukraine mit dem Warnstreik zu tun?«	1
Der passgenaue Abschluss	5
Das neue Bürger-Hartz - »Viel Lärm um nichts«	7
Aktionstag gegen den Krieg in Hanau	9
Deutschlands Interessen in Europa und der Ukraine-Krieg	11
Nuklearkrieg – Na und?	14
Aufklärung vs. politische Instrumentalisierung	15
Erinnerung an die ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen	18
Der Rechtsruck in Italien und seine Bedeutung im europäischen Rahmen	21
Stolperstein für Frida Winckelmann	25
Erinnerung an Frida Winckelmann	26

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05
Zuschriften an: GFSA e.V. • Postfach 106426 • 20043 Hamburg
e-mail: arpo.berlin@gmx.de • Internet: www.arbeiterpolitik.de



Fototeam Hessen/M. Semmler

wegung gestellt. ... Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen des Hanauer Bündnisses für Frieden und soziale Gerechtigkeit ... , wir danken euch für euren Mut und für das Aufstehen für Frieden und Gerechtigkeit. Für die gelungene Synergie der Friedens- und Arbeiter/innenbewegung!"

Die Warnstreikaktion

Demonstration und Kundgebung in Hanau am 17. November waren Teil einer umfassenderen Warnstreikaktion, zu der der IG Metall-Bezirk Mitte (Hessen, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Saarland) aufgerufen hatte. Es begann in der Stadt mit drei Sternmärschen (für Ortskundige: von der Vacuumschmelze, dem CPH und dem Steinheimer Tor) zum Freiheitsplatz. Auf der Homepage der IG Metall Hanau/Fulda heißt es: »Die eindrucksvolle Warnstreik-Kundgebung mit drei Sternmärschen war die letzte Warnung aus unserer Region an die Arbeitgeber und ihre Verbände. Am Hanauer Freiheitsplatz versammelten sich rund 1.000 Kolleginnen und Kollegen und sendeten ein klares und starkes Signal an die Arbeitgeber der Metall- und Elektroindustrie, nun endlich eine prozentuale Entgelterhöhung anzubieten, über die wir ernsthaft verhandeln können. Die IG Metall Hanau/Fulda hatte zu dem Warnstreik aufgerufen. Zeitgleich hatte ein breites Bündnis aus lokalen Organisationen sich solidarisch mit den Forderungen der Metallerinnen und Metaller erklärt und dazu aufgerufen, sich gerade jetzt für Frieden und mehr soziale Gerechtigkeit einzusetzen.« Der Warnstreik finde zu einem perfekten Zeitpunkt statt, nämlich während der Verhandlungen in Ludwigsburg, und sei eine letzte Warnung an den Unternehmerverband. Sofern keine Einigung erzielt werde, werde es 24-Stunden-Vollstreiks in der Vacuumschmelze und anderen wichtigen Betrieben in Hanau und Umgebung geben.

Die nach Vorgaben aus den Betrieben angepeilte Zahl von 1000 Teilnehmer:innen wurde von den Veranstaltern wie auch der Lokalpresse bestätigt, von manchen

Beobachter:innen jedoch bezweifelt und eher auf 700 bis 800 geschätzt. Eine Begründung für die vielleicht doch etwas schwächere Beteiligung wurde etwa vom Betriebsratsvorsitzenden eines großen, traditionell kämpferischen Betriebes damit versucht, dass die Kolleg:innen seit nunmehr fünf Jahren von der Beteiligung an solchen Aktionen entwöhnt seien. Seit 2017 habe es keine Warn- oder gar Vollstreikaktionen mehr gegeben, und zwar wegen Corona. Die letzte Tabellenerhöhung in der Metall- und Elektroindustrie wird deshalb beim Inkrafttreten der Erhöhung nach dem jetzt abgeschlossenen Tarifvertrag im Mai 2023 fünf Jahre her sein. Es gebe im Betrieb daher schon viele Kolleg:innen, die das Ausfechten solcher Konflikte neu lernen müssten. Man fange natürlich nicht bei Null an, aber man müsse neu aufbauen.

Die Stimmung unter den Anwesenden war gut. Neben dem Meer von IG Metall-Fahnen waren auch viele ver.di-Fahnen sowie Transparente der verbündeten Initiativen zu sehen. In den Betrieben, so der eben zitierte BR-Vorsitzende wie auch Robert Weißenbrunner selbst, wurde die Koppelung von tariflichen mit sozialpolitischen und auf Umverteilung gerichteten Forderungen positiv mitgetragen. Schwierigkeiten hatten dagegen offenbar viele Kolleg:innen mit der Forderungen nach diplomatischer Beendigung des Krieges; hier schlug erkennbar die mediale Berichterstattung und Kommentierung durch, die im Einvernehmen mit Bundesregierung und Unionsparteien die Verantwortung einseitig bei Russland sieht. Das zog jedoch auch bei diesen Kolleg:innen keine ausdrückliche Distanzierung von der sozialpolitischen Ausrichtung der Aktion nach sich.

In seiner Eröffnungsrede kam Weißenbrunner auf den Punkt: Acht Prozent mehr Lohn, Umverteilung »von oben nach unten«, Waffenstillstand und diplomatische Lösung in der Ukraine. »Hoch mit den Löhnen, runter mit den Preisen!« wurde eindrucksvoll intoniert und mit entsprechenden Armbewegungen in Szene gesetzt. Für das »Hanauer Bündnis für Frieden und soziale Gerechtigkeit« sprach die langjährige BR-Vorsitzende der Vacu-

umschmelze, Conny Gramm, und begann ihre Rede mit der rhetorischen Frage: »Was - zum Teufel - hat der völkerrechtswidrige Krieg in der Ukraine mit eurem Warnstreik zu tun? Leider mehr als uns allen lieb ist.« Sie fuhr fort: »100 Milliarden für die Aufrüstung der Bundeswehr, Waffenlieferungen, die Explosion der Energiepreise durch den Wirtschaftskrieg des Westens, 200 Milliarden Sondervermögen, um Unternehmen und Bürger zu entlasten - kurz: die Kosten des Krieges- und die Krisenlasten müssen wir alle bezahlen – sie werden wie immer durch Preiserhöhungen oder Sozialabbau auf die Allgemeinheit abgewälzt – während die Profite der Rüstungs- und Energiekonzerne privat bleiben. ... Wir müssen gemeinsam viel mehr Druck auf die Regierung machen, dass Reiche und Superreiche endlich angemessen besteuert und Extraprofite abgeschöpft werden. Von Sonntagsreden der Politiker haben wir genug! Wir wollen endlich entsprechende Gesetze und Taten sehen! Es kann uns Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aber nicht nur darum gehen, die Kriegs- und Krisenlasten hierzulande fair zu verteilen - sondern wir müssen dazu beitragen, dass endlich ein Weg zum Frieden gefunden wird.«

Als Hauptredner war Hans-Jürgen Urban, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Metall, gewonnen worden. Eine schriftliche Fassung seines Vortrages liegt leider nicht vor. Aber der Redner wurde seinem Ruf als Vertreter einer Strömung der »Mosaik-Linken« im Hauptvorstand der Gewerkschaft, der sich allen sozialpartnerschaftlichen Anpassungen der Gewerkschaftsführung zum Trotz dort behauptet, gerecht. Er »unterstrich die friedenspolitische Position und machte darüber hinaus deutlich: 'Geld ist genug da in dieser Gesellschaft, es ist nur in den falschen Händen. Damit sich das ändert, braucht es weiterhin Druck in den Betrieben und auf der Straße, jetzt in der Tarifrunde, aber auch darüber hinaus'. Er hob hervor, dass, wenn öffentliches Geld für Unternehmen fließt, auch 'öffentliches Eigentum entstehen und öffentliche Einflussnahme folgen muss. In den Phasen, in denen Gelder in Anspruch genommen werden, dürfen keine Dividenden an Aktionäre abfließen und es braucht verbindliche Standort- und Beschäftigungsgarantien«, so die Zusammenfassung von der Homepage der IGM Hanau/Fulda.

Die etwas andere Warnstreikaktion

Wie sind diese inhaltliche Ausrichtung und der Ablauf der Warnstreikaktion im Zusammenhang der bundesweiten Tarifrunde zu werten? Zunächst einmal ist Hanau mit rund hunderttausend Einwohner:innen eine eher kleine Stadt, die bundesweit kein besonderes Gewicht in die Waagschale bringen kann. Da hilft auch nicht der Status einer relativ starken Industrialisierung oder die Position am Rande des wirtschaftsstarken Rhein-Main-Gebietes. Der Versuch der Politisierung der gewerkschaftlichen Tarifarbeit, der in Hanau gemacht wurde, hat insofern die Bedeutung, dass jemand den Anfang machen muss. Wie das weiterwirkt, ob das aufgegriffen wird, kann nur die Zukunft ergeben.

Hanau mag insofern aus dem Einheitsbrei der Tarifrunde herausstechen. Aber es ist ein Sonderfall. Der örtliche Hintergrund ist zu sehen in einer langen Tradition, deren Grundlegung historisch in einer frühen Industrialisierung (um 1600) zu sehen ist und sich umsetzte in den Revolutionen von 1848 und 1918. Diese Historie lässt sich zusammenfassen in dem Stichwort »Das rote Hanau« (so der Titel eines Dokumentarbandes, bearbeitet von Judith Pákh und herausgegeben von der IG Metall Hanau/Fulda, Hanau 2007). Für Details dazu ist hier kein Platz, und man darf die Fortwirkung unter den Verhältnissen, die wir in Deutschland seit der Zerschlagung der alten Arbeiterbewegung und der Befreiung vom Faschismus von außen haben, nicht überschätzen. Diese historischen Einschnitte führten in der vorherrschenden sozialpartnerschaftlichen Strömung der Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg zu dem Schluss, dass niemals mehr klassenkämpferische Politik gegen die Interessen des Kapitals, schon gar nicht bis zum Sturz der Kapitalherrschaft gemacht werden dürfe. Aber hier und da vor Ort gilt eben auch: »Etwas hat überlebt!« Und daran gilt es anzuknüpfen mit den Inhalten und Methoden, die unter gegebenen Verhältnissen und in den Vorstellungen der Kolleg:innen möglich und vermittelbar sind.

F/HU, 25.11.22 ■

STATT DURCHHALTEPAROLEN UND ENERGIESPARTIPPS: FRIEDEN UND MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT! HOCH MIT DEN LÖHNEN – RUNTER MIT DEN PREISEN! DEN UKRAINE-KRIEG SOFORT BEENDEN! WAFFENSTILLSTAND JETZT!

Viele von uns spüren die Inflation und die explodierenden Energiekosten sowie die stark steigenden Nahrungsmittelpreise täglich im Geldbeutel. Die steigenden Preise treffen vor allem Arbeitnehmer:innen und ihre Familien, Rentner:innen, Erwerbslose sowie Studierende und Schüler:innen. Seit Monaten tobt ein Krieg in der Ukraine, der massive Auswirkungen auf unser Leben hat und der sich weiter zuspitzt und droht, sich zu einem Dritten Weltkrieg

auszuweiten. Wir erleben eine gigantische Aufrüstung und einige Großkonzerne machen hohe Extraprofite.

Die Milliarden, die nun in Aufrüstung und als Geschenke an Großkonzerne verteilt wurden und werden, müssen am Ende durch die Allgemeinheit getragen werden. Es ist zu befürchten, dass dies am Ende durch Sozialabbau wieder reingeholt werden soll. Es ist deshalb an der Zeit, dagegen aufzustehen.

Unser Bündnis bestehend aus verschiedenen lokalen Organisationen ruft alle Menschen in Hanau und Umgebung auf, sich gerade jetzt für Frieden und mehr soziale Gerechtigkeit einzusetzen.

Wir werden dabei die Betriebe und Verwaltungen sowie die Straße nicht den rechten Hetzern überlassen und grenzen uns von diesen entschieden ab.

STATT DURCHHALTEPAROLEN UND ENERGIESPARTIPPS: BRAUCHEN WIR FRIEDEN UND MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT. UNSERE FORDERUNGEN AN DIE REGIERENDEN LAUTEN DAHER:

▶ Verstärkte diplomatische Bemühungen um dafür zu sorgen, dass die Waffen in der Ukraine wieder ruhen und ein Vorgehen für friedensschaffende Maßnahmen unter Berücksichtigung aller Interessen. Stopp der weiteren Aufrüstung der Bundeswehr; Umwidmung des 100-Milliarden-Aufrüstungspakets in ein Investitionsprogramm für Jugend, Soziales, Umwelt, Gesundheit und Bildung.

▶ Eine sozial ausgewogene Energiepreispauschale in Höhe von 500 Euro als Soforthilfe sowie weitere wirksame staatliche Regelungen für alle, die die Energiepreisexpllosion nicht verkraften können, unter anderem durch ein Verbot von Strom- und Gassperren sowie ein Kündigungsmoratorium für Wohnungen um Mieter:innen zu schützen

▶ Finanzierung eines einheitlichen, bundesweiten Nahverkehrstickets und Umwandlung der Pendlerpauschale in ein Mobilitätsgeld.

▶ Einführung einer Übergewinnsteuer, wie es andere europäische Länder erfolgreich vormachen und eine höhere Besteuerung von Einkünften, großen Erbschaften und Vermögen.

▶ Unabhängigere und klimafreundlichere Energieversorgung sicherstellen: Zügiger Ausbau erneuerbarer Energien

▶ Ausweitung der Tarifbindung und höhere Reallohne sowie eine Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung

Von alleine wird es aber keine andere, sozialere und friedensichernde Politik geben. Bei unseren vielfältigen Aktivitäten zur Durchsetzung unserer Forderungen unterstützen auch die Tarifforderungen der Gewerkschaften nach deutlichen Entgeltsteigerungen.

Wir rufen zu einer öffentlichen Kundgebung am **DONNERSTAG, 17. NOVEMBER 2022 AB 11 UHR VOR DEM DGB-HAUS IN HANAU** auf, um unsere gemeinsamen Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Gleichzeitig ruft die IG Metall Hanau-Fulda die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie in der Region zu einem Warnstreik auf.

HANAUER BÜNDNIS FÜR FRIEDEN UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

Beteiligte Organisationen:
 ▶ DGB Südothessen
 ▶ IG Metall Hanau-Fulda
 ▶ IG Metall Hanau-Fulda
 ▶ ver.di Main-Kinzig/Osthessen
 ▶ Hanauer Friedensplattform
 ▶ WVN-BdA Main-Kinzig
 ▶ DIOF Hanau
 ▶ Fridays for Future Hanau
 ▶ Internationaler Jugendverein Hanau

V.S.d.P: Jörg Hoffmann, Erster Vorsitzender der IG Metall
 Verantwortlich: Robert Weidenmann, 1. Stellvertreter
 IG Metall Hanau-Fulda, Am Freizeitsplatz 6, 63450 Hanau



Foto: Ingo Müller

■ METALLTARIFRUNDE 2022:

Der passgenaue Abschluss

Der Tarifabschluss vom 18. November 2022 beinhaltet finanzielle Verbesserungen für die 1,9 Mill. tarifgebundenen Beschäftigten:

- Die Entgelte steigen tabellenwirksam ab 1.6.23 um 5,2 %, ab 1.5.24 um weitere 3,3 %.
- Eine steuer- und abgabenfreie Inflationsprämie in Höhe von 3000 Euro wird zu jeweils 1500 Euro bis März '23 und März '24 gezahlt (Auszubildende je 550 Euro im Januar 2023 und 2024).

Differenzierungen sind möglich beim seit 2018 vereinbarten jährlichen Zusatzbetrag (ZUB), der ab 1. Januar 2023 auf die EG 7 (Baden-Württemberg) bezogen von 12,3% auf 18,5 % (von 400 auf 600 Euro) erhöht wird. Aus wirtschaftlichen Gründen kann die Auszahlung dieses Betrages um bis zu 6 Monate nach hinten verschoben werden. Das Transformationsgeld (auf der Basis des regelmäßigen Monatseinkommens) wird statt der in 2022 festgelegten 27,6 % zu weiterhin 18,4% im Februar 2023 gezahlt, kann allerdings in kriselnden Betrieben auf Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung verwandt werden. Der Tarifvertrag läuft bis zum 30. September 2024. Die Betriebsparteien können per Betriebsvereinbarung andere Auszahlungszeitpunkte der Inflationsprämie festlegen, 750 Euro müssen allerdings im Januar 2023 ausgezahlt werden.

Weitere Vereinbarungen sehen ein Verfahren bei einem Energienotstand vor sowie verpflichtende Gespräche für die im Zuge der Transformation und Digitalisierung perspektivisch notwendig werdenden Arbeitsplatzveränderungen. Nach Ausrufung des Energienotstandes werden innerhalb von zwei Tagen Verhandlungen über Abweichungen von Flächentarifverträgen aufgenommen.

Der Pilotabschluss aus Baden-Württemberg wurde inzwischen von allen Bezirken übernommen, ein ähnlicher Haustarifvertrag bei VW abgeschlossen.

Zu Beginn der Tarifrunde hatte die Befragung der Betriebsräte von 3400 Betrieben der Metall- und Elektroindustrie ein positives Bild der wirtschaftlichen Lage ergeben: Auftragsbücher voll, Umsätze eher gut, Gewinne gut bis sehr gut. Nur von einer 2%igen Minderheit der Betriebe wurden Probleme wegen Lieferengpässen und Preissteigerungen berichtet. Zum Zeitpunkt der Forde-

rungsaufstellung von 8% Ende August lag die Inflationsrate bei etwa 10%, sodass hier schon ein nomineller Reallohnverlust vorgegeben war.

Von Ende Oktober bis zum Tarifabschluss wurden an die 900000 Warnstreikende gezählt, davon allein fast 300000 in Baden-Württemberg, in NRW über 126000. Mit den üblichen Aufregungen und der Ankündigung einer Eskalation im Vorfeld, falls die Arbeitgeber kein verhandlungsfähiges Angebot vor der entscheidenden Runde in Ludwigsburg abgaben, konnte die Kapitalseite nicht beeindruckt werden. Die meisten Funktionäre waren wohl sehr zufrieden mit dem Abschluss und, nach Angaben aus dem Sekretärsbereich, haben auch erleichtert reagiert, weil eine ausreichende Bereitschaft zum Vollstreik nicht erkennbar gewesen sei. Außerdem scheint das Inflationsprämienangebot zusätzlich deaktivierend gewirkt zu haben.

Jörg Hofmann hob die faktischen finanziellen Verbesserungen hervor, die für einen Facharbeiter 7000 Euro ausmachen können, allerdings eben inklusive der Inflationsprämie und auf die Laufzeit bis zum 30.9.2024 berechnet. Größere Proteste gegen den Tarifabschluss wurden nicht bekannt, offensichtlich bedeutet er für die allermeisten Mitglieder ein erträgliches Ergebnis.

Vor dem Abschluss in der Metall- und Elektroindustrie war schon ein ähnlich strukturierter in der Chemieindustrie erfolgt, auch hier mit den 3000 Euro der Konzertierte Aktion. Dabei sollen bis zu 12,5 % »Nettoentlastung«, für untere Entgeltgruppen bis zu 15 % möglich sein. Die Tarifentgelte steigen dort jeweils um 3,25 % am 1. Januar 2023 und 1. Januar 2024. bei einer Laufzeit von 20 Monaten bis zum 30. Juni 2024.

Mit der »Inflationsprämie« wurde schon vor den eigentlichen Tarifrunden der wichtigsten Industriebranchen durch staatliches Entgegenkommen Druck herausgenommen und die Arbeitgeberseite vor zu hohen Forderungen geschützt. Hinzu kamen die mit ähnlich sozial befriedender Funktion ausgestatteten Entlastungspakete, an deren Zustandekommen die DGB-Gewerkschaften sehr aktiv mitgearbeitet hatten.

Die Unsicherheiten durch die Transformation im Automobilbereich und die gfs. weiteren Kriegsfolgekosten für die Arbeitnehmer dürften bei der Akzeptanz des Tarifergebnisses eine nicht unwesentliche Rolle gespielt

haben. Berücksichtigt worden sind sicherlich auch die Probleme kleinerer Betriebe, die bekanntermaßen keine Jahresergebnisbeteiligung zahlen (können) wie Mercedes in 2/22 in Höhe von 6000 Euro. In Untertürkheim wurde der Abschluss dann auch auf einer Vertrauensleutetollversammlung am 21. November 2022 abgelehnt.

Trotz des vielfach bemühten Arbeitskräftemangels hat für den durchschnittlichen Metallarbeiter die Absicherung des gegenwärtigen Lebensstandards bzw. eine für ihn kalkulierbare und somit überschaubare Verschlechterung eine herausragende Bedeutung. Für weitergehende tarifpolitische Forderungen gab es somit auch keine ausreichenden Kräfte im IGM-Organisationsbereich. Unterm Strich wurde nach 5 Jahren ohne tabellenwirksame Erhöhungen ein Abschluss mit nominell 4,25 prozentigem Zuwachs pro Jahr festgeschrieben. Richtigerweise spricht die IGM in ihren Verlautbarungen von »mehr Geld« oder »Entlastungen«, nicht aber über den fortgesetzten und markanten Reallohnverlust in einer Schlüsselindustrie.

Nur auf der Warnstreikveranstaltung in Hanau am 17. November 2022 (vgl. den gesonderten Bericht in dieser Zeitung) wurde ein Zusammenhang zwischen der aktiven deutschen Kriegspolitik und sozialpolitischen Forderungen und Umverteilungsnotwendigkeiten hergestellt. Dies kann als insgesamt sicherer Beleg gelten für die aktive Unterstützung sowohl der bürgerlichen Koalition von CDU/CSU bis zu großen Teilen der LINKEN im (Wirtschafts-)Krieg gegen Rußland wie auch der Konkurrenz- und Profitbedingungen des deutschen Kapitals.

Seit Jahrzehnten liegt der gewerkschaftliche Focus auf der individuellen finanziellen Absicherung, nicht aber auf der strukturellen Verbesserung oder gar Verän-

derung der Konkurrenzsituation aller abhängig Beschäftigten. Die naheliegende Erklärung muss in der weitgehend kritiklosen Übernahme der Grundstruktur kapitalistischer Konkurrenz durch die Arbeitenden als alternativloser Wirtschaftsform gesehen werden. Ebenso darf die im internationalen Maßstab aus seiner Sicht recht solide Situation des durchschnittlichen deutschen Facharbeiters nicht gefährdet werden. Weil also die Arbeitgeber ihre »Mitarbeiter« in den Kernbereichen der industriellen Produktion materiell recht gut ausstatten können, fehlt eine zentrale Bedingung für eine über das normale sozialpartnerschaftliche Agieren hinausgehende Kraft.

Der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen ist zudem sehr stark fraktioniert und eher auf einzelbetriebliche Auseinandersetzungen begrenzt, die sich nicht oder nur sehr beschränkt zu gesamtgewerkschaftlichen Konflikten weiterentwickeln lassen. Stattdessen werden ganz überwiegend individuelle Lösungen gesucht.

Die wesentliche Grundlage für die geringe Kampfkraft und die dementsprechenden Tarifergebnisse mit Reallohnverlusten muss in der faktischen Macht und umfassenden Wirksamkeit der kapitalistischen Rahmenbedingungen verortet werden, der gegenüber jeder Widerstand von vornherein für viele vergeblich und kontraproduktiv scheint. Der sozialdemokratische Interpretationskorridor erlaubt somit - im Sinne der Mitglieder zu Recht - nur die filigrane Abstimmung mit und ganz überwiegend zu Gunsten der Kapitaleseite. Mit diesem Abschluss wird die Umverteilung von unten nach oben fortgeschrieben, und die Konkurrenz der verschiedenen Beschäftigtengruppen untereinander wird weiter verschärft werden. ■



Silvia Habekost/Dana Lützkendorf/
Sabine Plischek-Jandke/Marie-Luise Sklenar (Hrsg.)

Gebraucht und beklatscht – aber bestimmt nicht weiter so!

Geschichte wird gemacht:
Die Berliner Krankenhausbewegung

VSA:

WIDERSTÄNDIG

108 Seiten · in Farbe · 2022 · EUR 10.00
ISBN 978-3-96488-139-7

Bestellung beim vsa.verlag.de

Buchempfehlung

Wir haben in den letzten beiden Jahren über die Berliner Krankenhausbewegung regelmäßig berichtet. Nun ist ein Buch der Beteiligten erschienen, in dem sie über ihre Erfahrungen berichten-

Im Rahmen einer außergewöhnlichen Kampagne erstreikte die Berliner Krankenhausbewegung 2021 bessere Arbeits- und Tarifbedingungen bei der Charité, Vivantes und deren ausgegliederten Töchtern und damit eine bessere Patient*innenversorgung

Es begann mit einer Petition, die von 8.397 Beschäftigten von Charité, Vivantes und den Vivantes Töchtern unterschrieben und am 12. Mai 2021 an den Berliner Senat und die Geschäftsführungen übergeben wurde.

Nach 30 Tagen Streik an der Charité, 35 Tagen Streik bei Vivantes und 43 Tagen Streik bei den Vivantes Töchtern konnte der Sieg erklärt werden. Das war das Resultat einer beispiellosen gewerkschaftlichen Organisation von Krankenhausbeschäftigten – Pflege, Funktionsdienst, Hebammen, Therapeut*innen, Reinigungskräften, Gärtner*innen, Transport, Gastronomie, Azubis und mehr – Seite an Seite.

Es wurde und wird immer deutlicher, dass es keinen politischen Willen gibt, die Krankenhausfinanzierung zu ändern. Deshalb müssen es die Beschäftigten selbst in die Hand nehmen und damit Veränderung herbeistreichen. Wie und was funktioniert hat, welche Konflikte es gab und vieles andere mehr wird in diesem Buch beschrieben.

Es ist keine Erzählung über die gerade in Pandemiezeiten gern beklatschten Beschäftigten, sondern in diesem Band schreiben diese selbst auf, wie sie Geschichte gemacht haben.

Das neue Bürger-Hartz - »Viel Lärm um nichts«



Kritische Darstellung von Hartz IV im ZDF Magazin Royale, Quelle: Wikipedia

Das neue Bürgergeld soll also kommen, wieder mal ein angebliches Jahrhundertwerk der Sozialpolitik. Die Ampelkoalition lobt sich überschwänglich für ihre Leistung, die Unionsparteien feiern sich dafür, dass sie aus einem schlechten Entwurf im Bundesrat noch ein gutes Gesetz gemacht hätten. Fragt man Betroffene oder liest/hört ihre Stellungnahmen in den öffentlichen Medien, so sind die allermeisten von ihnen enttäuscht oder bekundend Desinteresse, weil sich aus ihrer Sicht nichts ändern werde.

Auch wir sehen darin nichts Neues, wie wir in unserer Überschrift zum Ausdruck bringen. Das Zitat darin stammt aus einer Äußerung einer Aktivistin, Helena Steinhaus vom Verein »Sanktionsfrei e. V.«, in der Frankfurter Rundschau vom 23. November 2022 (zum Verein »Sanktionsfrei e. V.«, der sich für die Interessen der Hartz-IV-Beziehenden einsetzt, s. Stichwort in Wikipedia).

Neue Regelungen zum Bürgergeld

Ab 1. Januar 2023 soll das Bürgergeld kommen, jedenfalls in Teilen. Regelungen zum Arbeitsmarkt sollen wegen zahlreicher Änderungen, die organisatorisch noch nicht umgesetzt werden können, erst im Juli in Kraft treten. Die wichtigsten Neuerungen und ihre Bedeutung für Erwerbslose und Lohnarbeitende sind:

1. Der Regelsatz soll um 53 Euro auf 502 Euro steigen. Das ist nichts weiter als eine längst fällige Regelsatzerhöhung. Sie ist zwar deutlich stärker als in all den Jahren zuvor. Aber sie ist schon jetzt längst von der Teuerung aufgefressen, die Kaufkraft geringer als zu Anfang 2021. Versprochen ist, dass künftige Regelsatzerhöhungen schneller an die Inflation angepasst werden. Freibeträge für Menschen, die neben dem Bürgergeld arbeiten oder sich in Ausbildung befinden, werden erhöht.
2. Der sogenannte Lohnabstand bleibt gewahrt. Auch wer zum Mindestlohn arbeitet, hat in der Regel aufgrund der Freibeträge und von Leistungen wie Wohngeld und Kindergeldzuschuss deutlich mehr Geld im Monat (so besagt z. B. eine Studie des DGB, dass eine Arbeitnehmerin mit 38 Stunden in der Woche und 12

Euro Stundenlohn im Monat 670 Euro mehr verfügbares Einkommen hat als ein Bürgergeldempfänger; ähnliches steht in einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit).

3. Das Bürgergeld schafft den Vorrang der Vermittlung in Arbeit ab. Das ist zunächst mal ein guter Vorsatz. Konkret kann das bedeuten, dass jemand, der eine Umschulung oder Weiterbildung in Aussicht hat, nicht gezwungen werden kann, diese wegen irgendeines Aushilfsjobs, der keine weiterführende Perspektive bietet, abzusagen. Die Praxis wird zeigen, wie sich das auswirken wird. Sogenannte Vermittlungshemmnisse aus Arbeitgebersicht (mangelnde Abkömmlichkeit etwa wegen Kinder-, Kranken- oder Altenbetreuung zu Hause, eigene gesundheitliche, körperliche oder psychische Probleme etc.) sind damit nicht aus der Welt geschafft, willkürliche Auslegung vom Jobcenter auch nicht.
4. Wer zum ersten Mal Bürgergeld bezieht, bekommt ein Jahr lang die aktuelle Wohnung finanziert und ein »Schonvermögen« von 40.000 Euro für einen Allein-stehenden, 15.000 Euro für jede weitere Person im Haushalt eingeräumt. Der ursprüngliche Regierungsentwurf hatte eine Frist von zwei Jahren und Beträge von 60.000 Euro und weitere 30.000 Euro vorgesehen (diese Werte waren wegen der Pandemie eingeführt worden und sollten ab jetzt festgeklopft werden - daraus wurde nichts). Abgesehen von dem Trauerspiel, das zu diesem Thema zwischen Ampelkoalition und Unionsparteien ablief, ist diese geringe Marge keine Garantie gegen Armut. Denn nach einem Jahr läuft dieser Schutz ja aus. Mehr als zwei Drittel aller derzeitigen Hartz IV-Beziehenden sind aber schon mehr als ein Jahr dabei, haben von dieser Regelung schon jetzt nichts. Ein Sechstel dieses Personenkreises zahlt jetzt schon die Miete zum Teil aus dem Regelsatz. Den künftigen Bürgergeldbeziehenden verspricht dies ebenfalls nichts Gutes. Bekanntlich wird ja nicht einfach »die« Miete bezahlt, sondern nur eine im »angemessenen« Rahmen.
5. Beim Thema Sanktionen wollte die Ampelkoalition ursprünglich eine »Vertrauenszeit« von sechs Monaten einführen. Die wurde gestrichen. Es ist sehr bezeichnend, dass die Unionsparteien bei diesem Thema hart blieben, dabei von der FDP unterstützt wurden und SPD wie Grüne vollständig einknickten. Bei den Sanktionen gab es daher keine Veränderungen, aber viele unsachliche, populistisch motivierte Diskussionen: Statistiken der Bundesagentur für Arbeit belegen immer wieder, dass nur ein ganz kleiner Bruchteil der Menge der erwerbsfähigen Hartz-IV-Beziehenden (aktuell 0,9 %) überhaupt sanktioniert wird. Offenbar geht es nur um Disziplinierung der Leistungsbeziehenden, vor allem aber auch um die Profilierung rechter Politik. Die erwerbslos gemachten Menschen möchten in ihrer weit überwiegenden Mehrheit tatsächlich erwerbsmäßig arbeiten und nicht in der von

rechter Seite böswillig unterstellten »sozialen Hänge-
matte« abliegen.

6. Tatsächlich handelt es sich also beim »Bürgergeld«
nur um alten Wein in neuen Schläuchen, um eine aus
Sicht der Betroffenen geringfügige Anpassung des Sys-
tems »Hartz IV«: »Das Bürgergeld führt in die blanke
Not,« so Helena Steinhaus.

Nach Hartz IV – sozialdemokratische Symbolpolitik

Schon bei den Hartz-Reformen zu Beginn des Jahrhun-
derts ging es der damaligen SPD-Grüne-Koalition nicht
um Wohltaten, ganz im Gegenteil. Es solle ein Niedrig-
lohnsektor geschaffen werden, so Bundeskanzler Ger-
hard Schröder, und zwar der »beste« (d. h. niedrigstbe-
zahlte und umfangreichste) in Europa, damit die
deutsche Wirtschaft, der damalige »kranke Mann« Euro-
pas, wieder auf die Beine komme. Dies gelang, indem
man die soziale Absicherung der Lohnabhängigen zu-
sammenstrich (vgl. Kasten). Lebensstandard und Vermö-
gen von Langzeitarbeitslosen wurden radikal verschlech-
tert, der Zwang zur Aufnahme jedweder Tätigkeit zum
Programm erhoben, ihre Berufserfahrung oftmals grund-
legend entwertet. Den noch Beschäftigten sollte dies eine
Warnung sein, die Behandlung der Arbeitslosen zielte
nicht nur auf diese selbst, sondern vor allem auf die Dis-
ziplinierung der noch Lohnarbeitenden. Mit der Sen-
kung der Lohnersatzleistungen nach schon einem oder
zwei Jahren auf Sozialhilfe konnten auch Lohnforde-
rungen der Gewerkschaften ausgebremst werden. Die
Durchsetzung dieses Programms gelang in einem Maße,

dass »Hartz IV« heutzutage als gesellschaftliche Erschei-
nung völlig selbstverständlich hingenommen wird, eine
Rückkehr zum vorherigen Zustand also ausgeschlossen
scheint.

Diese »Mutter der Sozialreformen« führte in der Folge
- freilich neben anderen Aspekten, insbesondere der Ein-
führung des Euro, die auf EU-Ebene Löhne und Preise
unmittelbar vergleichbar machte, sowie anderen Re-
formen zur Vereinfachung des Kapital- und Warenver-
kehrs in der EU - zu einem nachhaltigen Aufschwung der
ohnehin stärksten Volkswirtschaft der EU, die sich den
neuen europäischen Binnenmarkt zunutze machen
konnte. Die SPD hielt sich das zugute. Doch dieser As-
pekt hielt nicht lange vor. Nach einer Serie verlorener
Landtagswahlen musste sie 2005 vorgezogene Bundes-
tagswahlen anberaumen. Diese verlor sie gegenüber der
CDU/CSU, mit der sie in der Folge drei »Große Koaliti-
onen« unter Angela Merkel einging. Dieses »Tal der Trä-
nen« war die Konsequenz davon, dass die Hartz-Re-
formen diejenigen Wähler:innen verprellte, die die SPD
immer als vermeintlichen Schutz vor den Risiken der Ka-
pitalwirtschaft gewählt hatten.

Für die SPD als bürgerlich-parlamentarische Partei,
die letzten Endes für den Zusammenhalt der Gesellschaft
unter dem Vorrang des Kapitalinteresses sorgen muss, er-
schien es aber unmöglich, Hartz IV als einen prinzi-
piellen »Fehler« zuzugeben, der sie in den Wahlen zum
Bundestag zu einer Kleinpartei zu reduzieren drohte.
Also musste sie eine Argumentationslinie aufbauen, die
von der Richtigkeit der Hartz-Reformen zur damaligen
Zeit ausging und hinüberführte zu einer neuen »Jahrhun-
dertreform«, genannt »Bürgergeld«, die die Bedingungen

Regelungen vor Hartz IV

Vor der Einführung des sogenannten »Hartz IV« zum 1.
Januar 2005 galt in Deutschland traditionell ein dreistu-
figes System der Absicherung bei Arbeitslosigkeit (1927
erstmalig eingeführt, 1939 durch die Nazis wieder abge-
schafft, 1956 in der BRD wiederhergestellt). Die Bestim-
mungen waren im Groben wie folgt, aber auch im Detail
veränderbar (insbesondere während der Kohl-Regie-
rung):

1. Arbeitslosengeld: reine Versicherungsleistung, An-
spruch nach vorheriger Beschäftigung (mit begrenzter
Dauer je nach Versicherungsjahren und Lebensalter
bis zu zwei Jahren), Höhe prozentual nach dem Durch-
schnittsverdienst der letzten Jahre, ohne Bedürftig-
keitsprüfung, ohne Anrechnung von Vermögen, die
Auszahlungsbeträge kommen aus den Beiträgen zur
Arbeitslosenversicherung;
2. Arbeitslosenhilfe: bedürftigkeitsgeprüfte Versiche-
rungsleistung, Anspruch nach vorherigem Bezug von
Arbeitslosengeld, Höhe nach deutlich niedrigerem
Prozentsatz, Nebeneinkommen und Vermögen ange-
rechnet, prinzipiell unbegrenzt, aber in bestimmten
Intervallen prozentual weiter abgesenkt, steuerfinan-
ziert;
3. Sozialhilfe: bedarfsorientierte Regelleistung, einheit-
lich am Existenzminimum der untersten Einkom-

mensgruppen orientiert, Anrechnung von Nebenein-
künften und Vermögen, steuerfinanziert; hier fanden
sich - neben nicht erwerbsfähigen Personen - diejei-
gen Arbeitsuchenden, die entweder keinen Anspruch
auf Arbeitslosengeld oder -hilfe hatten oder deren
Auszahlungsbetrag aufgrund geringer Ansprüche un-
ter dem Regelsatz der Sozialhilfegelag (Aufstocker:innen).

Seit »Hartz IV« bestehen nur noch zwei Stufen. Wer aus
dem Anspruch auf Arbeitslosengeld (s. o.) herausfällt,
sinkt sofort in die Sozialhilfe. Um diesen radikalen
Bruch zu kaschieren, wurde von der SPD-Grünen-Koali-
tion behauptet, es ginge um die »Zusammenführung von
Arbeitslosen- und Sozialhilfe«. Tatsächlich aber wurden
nur die Personenkreise zusammengeführt, die Arbeitslo-
senhilfe mit ihren Versicherungsansprüchen ersatzlos
gestrichen. Das zweite Niveau der Lohnersatzleistung ist
nun der Regelsatz der Sozialhilfe, der aber noch unter-
schritten wurde dadurch, dass bisherige Pauschal- und
Einmalleistungen (z. B. erstmalige Wohnungseinrich-
tung, Ersatz einer Waschmaschine, Babybedarf) gestri-
chen bzw. auf Kreditbasis umgestellt wurden, so dass sie
in Höhe der Rückzahlungsraten den Regelsatz mindern.
Diese Zahlung ist als Arbeitslosengeld II bekannt, ist
aber nichts anderes als die bisherige Sozialhilfe.

und Möglichkeiten der heutigen Zeit angeblich besser abbildet. Und wie damals bei den Hartz-Reformen die Unionsparteien mit ihrer Stärke im Bundesrat noch zu einer Verschärfung der Gesetze gesorgt hatten, so verhandelten sie auch diesmal der SPD genau die Positionen, die in der Konzeption des Bürgergeldes noch die vergleichsweise besseren waren, z. B. die »Vertrauenszeit« bei den Sanktionen und die Höhe des Schonvermögens. Noch schlimmer war, dass der Koalitionspartner FDP als bürgerlich-liberale Partei der SPD in den Rücken fiel. Der blieb gar nichts anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen.

Die Reform - ein parlamentarisches Machtspiel

Beide Seiten im parlamentarischen Machtpoker zogen ihre roten Linien. Dabei war auffällig, dass die FDP nicht nur klammheimlich mit den Positionen der Unionsparteien sympathisierte: Es waren auch ihre eigenen. Für beide Seiten gab es aber ein Problem: Der Elefant im Raum war die überfällige Erhöhung des Regelsatzes, für den die Koalition schon mal den Betrag von 53 Euro in die Debatte geworfen hatte. Die Erwartung, dass zumindest das sicher zum Jahresanfang 2023 kommt, war groß. Weder Koalition noch Unionsparteien wollten sich die Verantwortung zuschreiben lassen, durch lange, zähe Verhandlungen diese - wegen der Teuerung ohnehin mäßige - Verbesserung verhindert zu haben. Daher machte CDU-Chef Merz schon früh den Vorschlag, die Erhöhung des Regelsatzes vom sonstigen Entwurf abzutrennen und als besonderen Beschluss vorzuziehen. Natürlich ging

die Koalition darauf nicht ein, denn damit wäre ihr selbst ein Druckmittel abhanden gekommen. Es kam, wie es kommen musste: Die Ampelmehrheit im Bundestag nahm das Gesetz in Gänze an, die unionsgeführten Länder verweigerten im Bundesrat die Zustimmung. Also wurde zwischen beiden Seiten neu verhandelt mit dem oben beschriebenen Ergebnis. Dieses wurde im weiteren parlamentarischen Verfahren (Vermittlungsausschuss, erneuter Beschluss von Bundestag und Bundesrat) angenommen. FDP und Unionsparteien schlugen sich dröhnend auf die Brust, die SPD stimmte bei, indem sie das Werk zum »Fortschritt« erklärte.

Da die neuen Bestimmungen letztlich nichts anderes sind als kosmetische Verbesserungen, kann nur die Zukunft zeigen, ob sich praktisch etwas verändert. Ein Beispiel wäre der mit viel rhetorischem Aufwand begründete neue Vorrang von Aus- und Weiterbildung, Umschulung etc. vor hastiger Unterbringung in irgendeinen Aushilfsjob. Neue Floskeln bringen vielleicht bei dem einen oder der anderen Jobcenter-Angestellten bzw. Beratungsuchenden ein Umdenken. In der Breite aber braucht das Zeit. Das wissen gerade Langzeitarbeitslose am besten in ihrem alltäglichen Kampf mit den Widrigkeiten in den Ämtern und mit deren Vollzugskräften, also mit den Vorschriften und ggf. den Launen. Auch das ist ein Terrain und eine Form des Klassenkampfes, denn wie mit den Ausgegrenzten dieser kapitalistischen Gesellschaft verfahren wird, das bietet auch ein Beispiel für die Disziplinierung der Arbeitskräfte. Auch die Gewerkschaften müssen das wissen.

30.11.22 ■

Aktionstag gegen den Krieg in Hanau

Die Hanauer Friedensplattform beteiligte sich mit einer lokalen Kundgebung am Aktionstag der Friedensbewegung am 1. Oktober 2022. Der Zuspruch seitens des Publikums ist allgemein schwach, auch an diesem Tag hörten nur wenige Menschen den Reden zu bzw. interessierten sich für die verteilten und ausgelegten Flugblätter und Materialien. Das schlechte Wetter mag die Resonanz noch einmal halbiert haben.

Die Initiative selbst zeigt die wohl mehr oder weniger auch anderswo üblichen internen Differenzen in der Einschätzung des Krieges und der daran beteiligten Seiten. Während die einen für den Krieg beide Seiten (Ukraine und NATO einerseits, Russland andererseits) verantwortlich machen, nehmen andere gegen die NATO, damit mehr oder weniger offen für Russland Stellung. Zumindest diejenigen, die sich in Vorstellungsrunden selbst als Marxist:innen bezeichnen, sollten jedoch den Fokus darauf setzen, die Dialektik dieses Krieges zu entschlüsseln und darzulegen, anstatt für eine der Seiten Stellung zu nehmen. Wer damit argumentiert, dass Russland von der NATO eingekreist werde, Putin also keine andere Möglichkeit habe, als den Krieg zu eröffnen, übernimmt doch im Grunde die imperialistische Logik.

Nehmen wir einen historischen Vergleich: Im Gefolge des für das russische Zarenregime unglücklich verlaufenden Ersten Weltkrieges wurde die Ukraine von deut-

schen und österreichischen Truppen besetzt. Die durch die Oktoberrevolution 1917 im damaligen Petrograd zur Macht gelangten Bolschewiki schlossen mit dem imperialistischen Deutschen Reich und Österreich-Ungarn den Frieden von Brest-Litowsk ab, der für das revolutionäre Russland ähnlich katastrophal war wie der spätere Versailler Vertrag für das besiegte Deutschland. Lenin und Trotzki überließen die Ukraine den Besatzungsmächten (und konnten sie erst nach deren Kapitulation vor den Westalliierten zurückerobern). Sie konnten und mussten diesen schweren Schritt gehen, weil ihre Priorität darin lag, die Revolution in Russland weiterzutreiben. In Russland bestand damals eine revolutionäre Situation, die Bolschewiki waren Revolutionäre und wollten es sein. Deshalb hatten sie die Möglichkeit, die Pflicht und den Willen, sich gegen die imperialistische Logik zu verhalten, um ihr Ziel, den Sozialismus aufzubauen, konsequent weiterzuverfolgen, sobald es die Umstände wieder zuließen.

Heute ist die Situation in Russland eine völlig andere: Es gibt keine revolutionäre Situation und keine revolutionäre Führung. Russland ist ein kapitalistischer Staat ohne Alternative hierzu, Putin und sein Gefolge haben nicht die Absicht, daran etwas zu ändern. Sie führen den Krieg, um Russland als kapitalistischen Staat und Großmacht zu erhalten. Sie können es nicht anders, weil sie

sich in einem imperialistischen Umfeld bewegen. Insofern müssen sie sich entsprechend verhalten. Das ist die Dialektik dieses Krieges. Mit irgendwelchen Perspektiven emanzipatorischer Politik hat das nichts zu tun.

Im folgenden dokumentieren wir einen Redebeitrag, der sich in dieser Logik bewegt.

F/HU, 2. Oktober 2022 ■

Redebeitrag zum 1. Oktober

Zwei Züge rasen im Ukraine-Krieg aufeinander zu. Da haben wir die angebliche »Wertegemeinschaft« des Westens, konzentriert in der NATO, die die Gelegenheit wahrnimmt, Russland zu schwächen. Auf der anderen Seite steht das Putin-Regime in Moskau, das seine »Weltgeltung« retten bzw. wiederherstellen will, indem es seine Nachbarn unter Druck setzt bzw. mit Krieg überzieht. Dazwischen steht das Selenski-Regime in Kiew, das trotz der Leiden, Verelendung und Flucht der eigenen Bevölkerung an seinen Maximalpositionen, der Wiederherstellung der Grenzen von 2013, festhalten und sich in den Westen (EU und NATO) integrieren will. Analysen dazu von allen Seiten gibt es reichlich; sie sind widersprüchlich, weil die Interessen widersprüchlich sind und die Positionen in der Friedensbewegung ebenfalls.

In meinem Beitrag sollen die Interessen der herrschenden Eliten in den beteiligten Ländern nicht im Vordergrund stehen. Hier soll vielmehr zuerst gefragt werden, wer die Opfer sind, worin ihre Leiden bestehen und in welche Richtung eine Lösung, so vorläufig und unvollkommen sie sein mag, gedacht werden kann. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Hass, Gewalt, Nationalismus und Rassismus zumindest dort verhindert oder beendet werden können, wo wir Einfluss nehmen können: Ich spreche z. B. von Anfeindungen gegen aus Russland stammende Menschen hier in Deutschland, die ja nicht umstandslos mit dem Handeln ihrer Regierung gleichgesetzt werden können.

Dieser Krieg ist nicht unser Krieg. Die Opfer sind die Menschen, die nichts haben außer ihrer Arbeitskraft, vielleicht noch ein mehr oder weniger bescheidenes Privatvermögen oder gar nur ihr nacktes Leben, mit Sozial-einkommen oder Hilfe von Verwandten und Freunden finanziert.

Im einzelnen sind diese Opfer

- die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung, die viele Tote zu beklagen hat und deren Lebensgrundlagen und Infrastruktur zerstört werden; Putin bestreitet der Ukraine das Recht, ein völkerrechtlich anerkannter Staat zu sein (vgl. seine Rede vom 22. Februar 2022), und die NATO unter Führung der USA versucht, die Ukraine gegen Russland in Stellung zu bringen; demgegenüber ist klarzumachen, dass allein die ukrainische Bevölkerung in einem fairen Abstimmungsverfahren, ohne Bedrohung durch Waffengewalt, zu bestimmen hat, wohin sie gehört (ähnliches gilt in der Taiwan-Frage - nur die Bevölkerung Taiwans hat zu bestimmen, wohin sie gehören will);
- die Bevölkerung im Donbass, der von russischer Seite unterstellt wird, zu Russland gehören zu wollen; das

mag sein, aber dafür bedarf es ebenfalls eines fairen Abstimmungsverfahrens; Abstimmung im Kriegszustand, unter russischer Besetzung und nicht mit unzweifelhaft anerkannter Legitimität garantiert keinen Frieden und keine Sicherheit für diese Teile der Bevölkerung;

- Menschen in Russland, die Soldaten und Soldatinnen stellen müssen, im Übrigen unter Lasten leiden, die der Krieg auch jenseits der Front mit sich bringt;
- Menschen v. a. im globalen Süden (Ägypten, Jemen, Bangladesch usw.), die auf ukrainisches Getreide mehr oder weniger angewiesen sind, in neue Hungersnot geraten und sich auf die Flucht machen müssen;
- lohnabhängig arbeitende und auf Sozialleistungen angewiesene Menschen bei uns und in der ganzen Welt, die unter der Teuerung, besonders in der Versorgung mit Energie und Lebensmitteln, leiden; es gibt Berichte und Analysen, dass diese Teuerung schon vor dem Ukraine-Krieg im Gange war, strukturelle und konjunkturelle Gründe hat, worauf in diesem Beitrag nicht differenziert eingegangen werden kann - der Ukraine-Krieg wirkt aber ähnlich wie die Corona-Pandemie als Brandbeschleuniger, der die schwächeren sozialen Schichten umso härter trifft;
- schließlich noch alle diejenigen, die in den Einzugsbereich eines möglichen Atomunfalls durch die Kriegslage oder gar eines Atomwaffeneinsatzes geraten.

Was tun?

Kurzfristige Lösungen sind nicht zu erkennen, eher sieht es nach einem langen, brutalen, militärisch betrachtet: Abnutzungskrieg aus. Die Friedensbewegung ist derzeit weder mächtig noch einig genug, um daran kurzfristig etwas zu ändern. Sie ist auch in den Gewerkschaften derzeit nicht mehrheitsfähig: Daran muss gearbeitet werden. Die Lösung kommt nicht von allein, und sie kann nicht von den herrschenden Eliten erwartet werden. Putin setzt auf Gewaltanwendung, Selenski auf Durchhalte- und Siegesparolen, der »Westen« auf angeblich »werte- und regelbasierte« Außenpolitik und Aufrüstung der Ukraine, was den Krieg verlängert, statt nach dem Ausweg durch Verhandlungen zu suchen. Demgegenüber mögen unsere Forderungen abstrakt klingen, weil wir nicht die Mittel haben, sie zur Geltung zu bringen. Sie sind aber richtig und vor allem die einzige Perspektive, einen Frieden herzustellen, der die Möglichkeit zu Wiederaufbau der Lebensgrundlagen und menschenwürdigem Dasein eröffnet. Dies sind zunächst einmal:

- Waffenstillstand;
- Verhandlungen;
- vertragliche Sicherheitsgarantien für alle Beteiligten, insbesondere Russland und die Ukraine.

Dies ist nach Lage der Dinge freilich ein sehr schwer zu realisierendes Programm, und es kann nicht allein von der jetzt noch zahlenmäßig schwachen Friedensbewegung erkämpft werden. Es ist auch keine Garantie für die Durchsetzung eines wirklich haltbaren Friedens (dies zeigen die Erfahrungen der Geschichte). Die Friedensbewegung wird es geben müssen, solange die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Krieges bestehen und es damit auch Kriege geben wird. »Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen« (Jean Jaures, französischer Sozialist, 1859 - 1914).

Deutschlands Interessen in Europa und der Ukraine-Krieg



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei seinem Besuch in Kiew, 2018, Foto wikipedia

Als »dümmste Regierung in Europa« bezeichnete Sahra Wagenknecht die deutsche Regierung in ihrer Bundestagsrede am 8. September. Aufgrund des Wirtschaftskrieges gegen Russland würden Millionen von Menschen mit nicht oder kaum noch bezahlbaren Energiekosten belastet, viele, vor allem kleine und mittelständische Unternehmen ständen vor dem Ruin.

Trotzdem werden die Sanktionen nach der russischen Teilmobilmachung noch verschärft, die Waffenlieferungen gehen auch angesichts eines drohenden Nuklearkriegs unvermindert weiter. Deutsche Politiker reisen um die Welt auf der Suche nach teurem Flüssigerdgas, das das billige russische Pipelinegas ersetzen soll. Flüssiggasexporteure aus den USA und anderswo machen Bombengeschäfte. Arabische Ölstaaten, denen Menschenrechte und Demokratie egal sind, werden umworben; die Türkei bekommt einen Freibrief in ihrem Krieg gegen die Kurden, damit sie den Nato-Beitritt Finnlands und Schwedens akzeptiert; Aserbaidschan als Erdgaslieferant greift ungehindert Armenien an. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Deutschland und die EU haben sich bedingungslos der US-Politik gegen Russland untergeordnet. Die USA wollten den Ukrainekrieg, damit die wirtschaftliche Verbindung zwischen der EU, insbesondere Deutschland, und Russland dauerhaft zerstört wird. Der Anschlag auf die Nordstream-Pipelines wurde entsprechend von US-Außenminister Blinken kommentiert: »Die Nordstream-Explosionen erwiesen sich als ‚großartige Gelegenheit‘. Die USA sei nun der wichtigste Lieferant von Flüssiggas nach Europa. Nun habe man die Chance, ‚die Abhängigkeit von russischer Energie ein für alle Mal zu beenden und damit Wladimir Putin die Möglichkeit zu nehmen, Energie als Druckmittel zur Durchsetzung seiner imperialen Pläne zu nehmen.« (<https://www.lessentiel.lu/de/story/usa-befeuern-spekulationen-ueber-angriff-auf-nordstream-pipeline-950095872638>)

Klaus von Dohnanyi, früherer SPD-Politiker, kritisiert diese Unterordnung der deutschen Politik unter die der USA in seinem Buch »Nationale Interessen«. In einem Interview äußert er sich: »...die USA machen eine falsche Politik. Und wenn ein Freund einen Fehler macht, muss man ihm das sagen. Und dieser Fehler, den die USA machen ist gefährlich für Europa und gefährlich für Deutschland. Und darüber muss man jetzt reden. Man muss unter Freunden eine offene Sprache haben. Wenn man eine Wertegemeinschaft ist, die ja was anderes ist als nationale Interessen, dann muss man innerhalb dieser Wertegemeinschaft die unterschiedlichen Interessen erkennen, sie aussprechen und das Problem klären'. Die USA würden völlig andere Interessen in Europa haben als wir, darüber werde leider nicht gesprochen.« (https://www.european-news-agencydepolitikdohnanyi_usa_tragen_erhebliche_mitschuld_am_ukraine_krieg-84130/)

Sein Befund also: Die deutsche Regierung macht eine Politik, die den Interessen Deutschlands und der EU widerspricht. Da ist er sich mit Sahra Wagenknecht einig.

Die Regierungsargumentation demgegenüber geht dagegen so: Wir dürfen den Völkerrechtsbruch Russlands nicht akzeptieren, ein brutaler Angriffskrieg darf nicht zum Erfolg führen, wir müssen dem Opfer Ukraine beistehen und sie mit allem unterstützen, was sie brauchen. Das geht nur zusammen mit den USA und der NATO.

Also Moral übertrumpft Interessen? Dann wäre die deutsche Regierung tatsächlich die »dümmste Regierung in Europa«. Denn »Staaten haben keine Freunde, Staaten haben Interessen«, wie schon der frühere französische Staatspräsident de Gaulle wusste.

Deutschlands Rolle

Die moralische Argumentation der Verteidigung von »Werten«, der »Hilfe für das Opfer« usw. kann man getrost in das Reich der Propaganda verweisen. Diese dient dazu, den Menschen die Opfer, die sie bringen sollen, schmackhaft zu machen: »Frieren gegen Putin!«

Was sind aber »nationale Interessen«, von denen Dohnanyi spricht? Wer definiert sie?

Günther Sandleben schreibt in seinem Aufsatz: »Kapital, Volk, Nation und Staat«: »Politisch gesehen sind die auswärtigen Interessen im Großen und Ganzen die Durchschnittsinteressen des Gesamtkapitals (...) Gleich einem Parallelogramm der Kräfte, worin die Einzelkapitale im Verhältnis ihres Anteils am Gesamtkapital wirken, konstituiert sich als resultierende Größe das gemeinsame außenpolitische Interesse. Nicht der Staatsapparat, sondern das Gesamtkapital schafft den Inhalt dieser Politik. Der Staat gleicht die Interessen lediglich aus, vereint sie, gibt ihnen schließlich eine gemeinschaftliche, d. h. politische Form. Er ist bloßer Sachwalter dieser Interessen gegen andere Staaten. Die Mittel, die er zur Durchsetzung der außenpolitischen Interessen einsetzt, reichen von der Diplomatie, über Schutzzölle, Handelssanktionen bis hin zum Krieg.«

Also, wir müssen auf die Interessen des deutschen Gesamtkapitals blicken, wenn wir die deutsche Regierungspolitik verstehen wollen. »Ein Gesamtkapital ist zunächst einmal nichts anderes als eine Summe von Kapitalen, die unter ähnlichen Bedingungen operieren, also eine gewisse Einheit bilden. Ein solcher gemeinsamer Standort von Kapitalen führt zu gemeinsamen Interessen...«

Der gemeinsame Standort von Kapitalen ist der Nationalstaat. Der Standort des Kapitals, das in Deutschland seinen Standort hat, ist Deutschland, das umgeben ist von anderen Nationalstaaten, also anderen Gesamtkapitalen. Die Bürgerlichen nennen das deutsche Gesamtkapital »deutsche Wirtschaft«, was harmloser klingt und den Klassegegensatz verschleiern.

Die »deutsche Wirtschaft« hat sich seit der Industrialisierung über den deutschen Nationalstaat hinaus ausgedehnt und hat sich vor allem in Europa in anderen Standorten ausgebreitet. Diese Ausbreitung führte im letzten Jahrhundert zweimal zu dem Versuch, sich die anderen Gesamtkapitalen durch einen Krieg zu unterwerfen. Dies ist beide Male zwar krachend gescheitert, aber die Verflechtung mit den anderen europäischen Standorten ist geblieben und hat sich mit der Gründung erst der EWG, dann der EG und EU noch ausgeweitet und vertieft.

Man kann sagen, dass die europäische Einigung für das deutsche Kapital die Verlaufsform ist, sich auszudehnen, ohne die Widersprüche zu den anderen nationalen Kapitalen über einen Krieg lösen zu müssen. Um ein Zitat von Marx zu verwenden: Die EU (vorher EWG, EG) »hebt diese Widersprüche nicht auf, schafft aber die Form, worin sie sich bewegen können.« (Kapital Bd. 1, MEW 23, S. 118)

Diese Ausdehnung geschieht über Handel, Investitionen usw., was die EU über Zoll- und Kapitalfreiheit begünstigt. Um ein paar Zahlen von 2021 zu nennen: Etwa 55 % des deutschen Exports gehen in die EU, 53 % der Importe kommen daher. Der Handelsüberschuss beträgt über 108 Mrd. Euro, das sind 63 % des gesamten Exportüberschusses.

Man kann also feststellen, dass die EU für das deutsche Kapital lebens- und überlebenswichtig ist. So hat alleine der VW-Konzern in Europa (inklusive Deutschland) 63 Produktionsstandorte, dazu kommen über 6000 Zulieferbetriebe. Dort wird also der Mehrwert erzeugt, die Arbeitskraft ausgebeutet, womit das deutsche Kapital akkumuliert, woraus die relativ hohen Löhne und Steuern hierzulande finanziert werden.

Osteuropa

Eine besondere Rolle kommt seit dem Mauerfall 1990 den mittlerweile in die EU integrierten osteuropäischen Staaten zu. In einem Interview mit der FAZ am 17.8.22 führt die Professorin Dalia Marin von der TU München dazu aus: »Noch bevor China überhaupt der Welthandelsorganisation beigetreten ist, kam es durch den Fall der Mauer zur Öffnung der osteuropäischen Märkte.« Dies bewirkte zunächst, »dass die Lohnstückkosten in Deutschland relativ zu anderen europäischen Ländern um 30 Prozent zurückgegangen sind. Denn die Unternehmen konnten jetzt glaubhaft androhen, ihre Produktion nach

Osteuropa zu verlagern. (...) Der wohl bekannteste Effekt war die Expansion der Lieferketten nach Osteuropa. Das hat dazu geführt, dass die Produktivität in den Unternehmen deutlich gestiegen ist. Die Ostöffnung war für Deutschland also eine phantastische Sache.«

Der Mauerfall war also fantastisch. Man sieht das auch an den Zahlen. 2021 gingen etwa 211 Mrd. an Exporten in die osteuropäischen EU-Länder. In die USA waren es etwa 122 Mrd. und nach China etwa 104 Mrd. Bei den Importen sieht das ähnlich aus: Etwa 199 Mrd. aus Osteuropa, aus China ca. 142 Mrd. und aus den USA 72 Mrd. [Alle hier verwendeten Zahlen aus: Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel] In diesen Handelszahlen sind natürlich die Warenlieferungen von und zu den Produktionsstandorten der deutschen Konzerne und deren Zulieferern enthalten.

Zur Ukraine sagt Professorin Marin: Die deutschen Unternehmen verlagerten aufgrund der Lieferkettenprobleme immer mehr Produktion aus Asien und anderswo zurück. »Das wird Ländern wie der Ukraine zugutekommen. (...) Das Land ist im Vergleich zum anderen östlichen Europa herausragend mit hochgebildeten Arbeitskräften wie Ingenieuren und IT-Fachkräften ausgestattet, was es für Deutschland sehr attraktiv macht. Die Ukraine kann so attraktiv wie Polen als Industriestandort für Europa werden.« Diese »Attraktivität« der Ukraine ist der Hintergrund für die deutsche und EU-Politik seit 2005, die Ukraine in die Umlaufbahn des EU-Wirtschaftsraums einzugliedern.

Das deutsche Kapital braucht die EU, braucht insbesondere Osteuropa, braucht die Ukraine, wenn es seine Expansion fortsetzen und seine Rolle in der Welt behaupten will. Anton Hofreiter (Grüne) drückte das am 26.9. auf der von der FAZ veranstalteten European Economic Conference so aus: Deutschland müsse »in Europa eine Führungsrolle einnehmen.« Es müsse »als Sachwalter und Organisator der gemeinsamen europäischen Interessen auftreten. Dies sei wichtig, wenn es darum geht (...) die Ukraine – auch mit weiteren Waffenlieferungen – zu unterstützen, den europäischen Erweiterungsprozess zu managen, an dem Deutschland ein geostrategisches Interesse habe.« (FAZ, 27.9.2022)

Er weiß: Die EU zu erhalten, insbesondere Osteuropa bei der Stange zu halten, muss die oberste Maxime einer deutschen Regierung sein.

Die Kehrseite

Dass das deutsche Kapital in der EU dominiert, sich ausdehnt und von ihr enorm profitiert, hat auch eine Kehrseite. Die enormen Überschüsse des einen sind natürlich die Defizite der anderen. Diese müssen diese Überschüsse mit Schulden, Deindustrialisierung und Sozialabbau bezahlen. Das krassste Beispiel dafür ist Griechenland, das seinen Staatsbankrott nur durch die Unterwerfung unter die von Deutschland geführten EU-Institutionen und durch massenhafte Verarmung der Bevölkerung verhindern konnte. Auch in anderen Ländern wachsen die Widersprüche der ungleichmäßigen Entwicklung im Kapitalismus. Politischen Ausdruck finden diese Widersprüche am sichtbarsten in den Bewegungen gegen die EU, die vor allem von rechten Parteien aufgegriffen wer-

den. Der Brexit ist ein Ergebnis, das Erstarren der Rechtsparteien ein anderes. Die Schwedendemokraten, die wahren Finnen, Le Pen in Frankreich, die Brüder Italiens, die PIS in Polen, die Fidesz in Ungarn haben eine gemeinsame Parole: Unser Land zuerst!

Aus der Sicht des deutschen Kapitals ein Albtraum. So schreibt die Hamburger »Morgenpost« zwei Tage nach dem Wahlsieg Melonis der »Brüder Italiens« am 27.9.: Nun »könnte ein EU-Gründungsmitglied die historische Union ins Wanken bringen.«

Wenn aber die gegenseitigen Widersprüche wachsen, muss es ein einigendes Band geben, damit nicht alles auseinander fliegt. Dieses einigende Band war seit einigen Jahren mehr und mehr die Gegnerschaft zu Russland. Der russische Angriff auf die Ukraine wurde deshalb mit einem Jubelschrei vor allem deutscher EU-Politiker in Brüssel begrüßt: Wir waren noch nie so einig wie heute!, gaben die Medien diesen Jubelschrei wider.

Insbesondere die nach 1990 neu entstandenen osteuropäischen Bourgeoisien haben die Feindschaft zu Russland als ihren Identitätskern. Für sie bedeuten die Jahre nach 1945 unter sozialistischer Herrschaft die dunkle Nacht, die mit der Sowjetunion über sie kam, und die Öffnung nach 1990 die Befreiung, das Licht, das aus dem Westen leuchtete. Man sollte einmal eine Stadtführung in Prag, Danzig, Warschau mitmachen, um diese Sichtweise zu erfahren. Für sie ist deshalb die Mitgliedschaft in der EU, aber auch und vor allem in der NATO die Rückversicherung gegen den großen Feind im Osten, Russland.

Die NATO ist aber die USA und deren Militärmacht, die Russland in Schach halten kann. Und sie ist die Macht, die Deutschland in Schach halten kann, denn die Erinnerung an den 2. Weltkrieg ist ja nicht vergessen. Die 1,3 Billionen, die jüngst Polen als Reparation von Deutschland für den 2. Weltkrieg forderte, waren diesbezüglich ein Wink mit dem Zaunpfahl.

Ohne die Zustimmung zu den USA und zur NATO geht in Osteuropa für Deutschland gar nichts. Der russische Angriff auf die Ukraine musste diese Ausrichtung verstärken, ob nun ein weiterer russischer Angriff auf andere osteuropäische Länder eine realistische Drohung war oder nicht. In der Wahrnehmung der osteuropäischen Länder konnte die Ukraine angegriffen werden, weil sie nicht in der NATO ist.

Auf deutscher Seite sind die Politiker, die die Gegnerschaft zu Russland am deutlichsten betonen, neben anderen von der Leyen, die jetzige EU-Präsidentin, und die Grünen. Sie betonen am stärksten die »gemeinsamen Werte« des Westens, d. h. die gemeinsame Politik mit den USA gegen Russland. Die ist für sie deutsche Staatsräson.

Was die deutsche Politik zurzeit betreibt mit der Sanktionspolitik gegen Russland, die einem Teil der deutschen Wirtschaft schadet und die Bevölkerung ärmer werden lässt, mit der militärischen Unterstützung der Ukraine, die die atomare Kriegsdrohung verstärkt, ist keine Dummheit oder Wahnsinn, sondern Politik im Interesse des deutschen Gesamtkapitals. Dessen Hauptinteresse ist eben die Erhaltung der EU. Dafür müssen Opfer gebracht werden: Verarmung der Bevölkerung, teilweise Deindustrialisierung, weitere Staatsverschuldung und Inflation, vielleicht sogar ein Atomkrieg.

Und wir?

Diese Klassenpolitik müssen wir sehen, benennen und bekämpfen. Das bedeutet aber, dass die Sanktionspolitik, die zur Verteuerung der Energiekosten führt, die Aufrüstungspolitik, die militärische Unterstützung der Ukraine untrennbar miteinander verwoben sind. Es ist unmöglich, die sozialen Lasten für die Bevölkerung zu beklagen und gleichzeitig die Sanktionspolitik mitzutragen. Es ist unmöglich, gegen die Milliardenausgaben für die Aufrüstung der Bundeswehr aufzutreten, ohne eine Beendigung des Krieges in der Ukraine zu fordern.

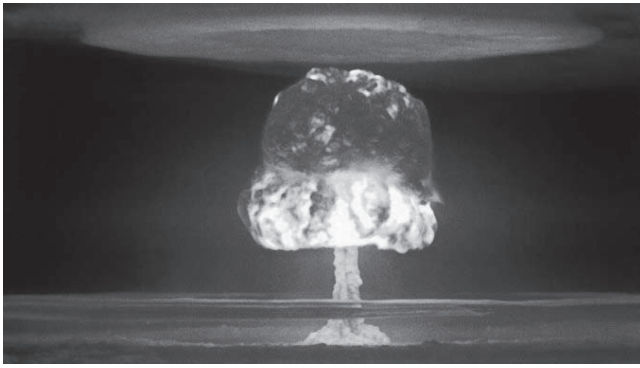
Diese Unmöglichkeiten kennzeichnen die Eiertänze der DGB-Gewerkschaften und der Linkspartei in ihren Aufrufen zu sozialen Protesten. Sie wollen sich der Kriegspolitik nicht widersetzen, aber deren Folgen bekämpfen. Sie fürchten die Folgen, wenn sie sich widersetzen würden: Ihr betreibt das Geschäft Putins! Ihr macht Querfront! Ihr seid Vaterlandsverräter! Sahra Wagenknecht hat dies nach ihrer Bundestagsrede zu spüren bekommen.

In den kommenden Monaten gilt es diejenigen zu unterstützen, die den Zusammenhang zwischen Krieg, Sanktionspolitik und sozialer Verelendung, also den Angriff auf die unteren Klassen sehen, und zur Zusammenarbeit beim Widerstand aufzufordern.

12.10.22 ■



Dezember 1988/90 · Hrsg.: Gruppe Arbeiterpolitik
72 Seiten · 4,- Euro, zzgl. Versandkosten



Atomexplosion, Quelle: Wikipedia

■ KOMMENTAR

Nuklearkrieg – Na und?

»Wir sind in einem Krieg«, sagte die grüne Außenministerin Baerbock am 18. September. Dafür war zehn Tage zuvor Sahra Wagenknecht von der Linken beschimpft und diffamiert worden. Wagenknecht hatte in ihrer Bundestagsrede gewagt, das Offensichtliche auszusprechen, dass Deutschland einen beispiellosen Wirtschaftskrieg gegen Russland führe. Sie meinte damit die Wirtschaftsanktionen, u. a. den Stopp von Nordstream 2, das Erdölembargo, die seit dem Angriff Russlands gegen die Ukraine verhängt wurden. Baerbock hatte schon am 25. Februar das Ziel genannt: »Das wird Russland ruinieren.«

Baerbocks Äußerung bei Anne Will am 18. September erfolgte nach der Ankündigung Putins einer Teilmobilisierung der russischen Armee. Diese war eine Reaktion auf die empfindlichen Niederlagen der russischen Armee in den Wochen zuvor. Die ukrainische Armee befindet sich auf dem Vormarsch, der ihr ermöglicht wird durch die enormen Mengen an westlichen Waffen und der Unterstützung durch die satellitengestützte Aufklärung vornehmlich der USA. Dementsprechend begründete Putin die Teilmobilisierung damit, dass Russland der geballten Militärmacht des Westens gegenüber stehe. Außerdem fügte er an, dass eine existentielle Bedrohung der russischen Souveränität den Einsatz von Atomwaffen bedeuten würde.

Baerbock und Putin sind sich also einig: Der Westen führt in der Ukraine einen Krieg gegen Russland mit ukrainischen Soldaten und westlichen Waffen und westlichem Geld. Auch wenn es keine offizielle Erklärung des Kriegszustandes gibt, so ist er doch faktisch da und wir müssen uns darauf einstellen.

In einem Interview mit der FAZ (23.9.) wird die Russland-Expertin Sarah Pagung zu der russischen Teilmobilisierung und des möglichen Einsatzes von Atomwaffen befragt: »Eine nukleare Eskalation ist nicht auszuschließen, aber ich lese Putins Drohung als Zeichen seiner militärischen Schwäche.« Sie sieht das Offensichtliche: Die Eskalation folgt den Niederlagen auf dem Schlachtfeld. Deshalb sei ein Einsatz von Atombomben nicht auszuschließen. Wer das liest, könnte auf den Gedanken kommen: »Hoppla, das könnte gefährlich werden! Vielleicht sollte man jetzt mal schauen, wie man zu Verhandlungen kommt.«

Doch weit gefehlt. Pagung weiter: »Ich halte Putins Drohung für einen Bluff. (...) Wir sollten also nicht auf Putins Bluff eingehen, denn das hieße, dass wir uns von

autoritären Systemen mit nuklearer Bewaffnung schachtmatt setzen lassen.«

Logik: Wenn der Gegner Schwäche zeigt, muss man nachsetzen. »Rufe nach Panzerlieferungen werden lauter«, titelt der WDR am 12.9. Die Stimmen kommen unter anderem aus der FDP, den Grünen, der CDU. Bundeskanzler Scholz zögert noch etwas, da er einen direkten Konflikt mit Russland befürchtet. Zunehmend beherrscht die Logik des Krieges das Denken und die Diskussionen: Der WDR zitiert den russischen Botschafter in Berlin, Deutschland habe mit der Lieferung tödlicher Waffen an die Ukraine eine rote Linie überschritten. Dann mache »eine intensivere Unterstützung der Ukraine (...) auch keinen Unterschied mehr«, so Thorsten Benner von einer Berliner Denkfabrik daraufhin. Und der CDU-Politiker Roderich Kiesewetter bedient dieselbe Logik: »Indem er von ‚nuklearer Eskalation‘ spreche, bediene Putin eine ‚typisch-deutsche Angst‘ (...) Dieser ‚Schimäre‘ dürfe man nicht aufsitzen. ‚Es gilt, dem Treiben Russlands Einhalt zu gebieten.« (Anne Will: Annalena Baerbock äußert sich zu Panzerlieferungen – t-online.de)

Anscheinend müssen die Deutschen mal zum Psychotherapeuten, um ihre »typisch-deutsche Angst« vor einem Atomkrieg behandeln zu lassen.

Oder auf die Straße.

29.9.2022 ■



Aufklärung vs. politische Instrumentalisierung

Ampelkoalition und Unionsparteien haben am 30. November im Bundestag beschlossen, dass der sogenannte Holodomor 1932/33 in der Ukraine als Völkermord (Genozid) zu werten sei. Mit wissenschaftlich fundierter Aufklärung hat das nichts zu tun (nur fürs Protokoll sei vermerkt, dass Linke und AfD aus unterschiedlichen Gründen gegen diese Resolution stimmten). Der Beschluss vermerkt ausdrücklich: »Damit liegt aus heutiger Perspektive eine historisch-politische Einordnung als Völkermord nahe. Der Deutsche Bundestag teilt eine solche Einordnung.« Der Kniff dabei ist, dass eine juristische Anerkennung als Genozid letztlich doch vermieden werden soll. Erst 1948 hat nämlich die UNO den Begriff des Völkermordes definiert. Indem Deutschland sich darauf bezieht, dass der Holodomor erst im Nachhinein als Genozid gewertet wird, entzieht sich die Bundesregierung einer Bewertung eines anderen Verbrechens als Völkermord, die juristisch Entschädigungszahlungen nach sich ziehen würde: Gemeint ist die Niederschlagung der Aufstände der Herero und Nama gegen die deutsche Kolonialherrschaft der Jahre 1904 bis 1908 im heutigen Namibia.



Getreidebeschlagung bei den Kulaken (1933)

Quelle: Wikipedia

Weiter heißt es: »Der Holodomor fällt in eine Periode massiver, in ihrer Grausamkeit bis dahin unvorstellbarer Menschenrechtsverbrechen auf dem europäischen Kontinent. Zu diesen gehören der Holocaust an den europäischen Jüdinnen und Juden in seiner historischen Singularität, die Kriegsverbrechen der Wehrmacht und die planmäßige Ermordung von Millionen unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten im Rahmen des rassistischen deutschen Vernichtungskriegs im Osten, für die Deutschland die historische Verantwortung trägt. Orte wie Wola, Babyn Jar oder Leningrad stehen für diese unzähligen Verbrechen.« (bundestag.de: Drucksache 20/4681). Damit relativiert die Resolution so nebenbei den Holocaust: Sie erkennt zwar die »historische Singularität« des Massenmordes an der jüdischen Bevölkerung in Europa weiterhin an (wozu sie international nach wie vor gezwungen ist), stellt aber

dennoch den sogenannten Holodomor auf die gleiche Stufe. Daraus leitet sie nun »aus Deutschlands eigener Vergangenheit eine besondere Verantwortung ab, innerhalb der internationalen Gemeinschaft Menschenrechtsverbrechen kenntlich zu machen und aufzuarbeiten«. Dies ist an Heuchelei kaum zu überbieten. Erneut (seit »Nie wieder Auschwitz!« im Jugoslawienkrieg 1999) leistet sich die BRD eine Instrumentalisierung des Holocaust-Verbrechens zur Legitimierung des eigenen Vorgehens in einem aktuellen Krieg.

Damit folgt sie im Interesse des »Westens« der Interpretation der geschichtlichen Vorgänge 1932/33 in der Ukraine durch das Selenski-Regime, die wiederum ältere Wurzeln hat. Im folgenden legen wir zunächst den historischen Ablauf in der gebotenen Kürze dar.

Revolution und Bürgerkrieg

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts entstand im Bereich der heutigen Ukraine eine eigenständige bürgerliche Nationalbewegung. Dies hatte mit dem Aufstieg des Kapitalismus zu tun, der sich mit dem Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts endgültig in Europa als ökonomisch herrschende Formation durchsetzte. Der größere Teil des Landes gehörte damals zum russischen Zarenreich, der kleinere zu Österreich-Ungarn. Zunächst war der Zarismus (trotz seiner außenpolitischen Niederlagen seit dem Krimkrieg von 1855) noch übermächtig.

Die erste Phase der Staatsbildung in der Ukraine vollzog sich im unmittelbaren Zusammenhang mit der russischen Februar-, dann Oktoberrevolution und bildete zwischen 1917 und 1922 ein chaotisches, wechselvolles, blutiges Drama. Gegen die deutsche und österreichische Besatzung entstanden zwei bürgerliche Nationalstaaten, die die bolschewistische Revolution und damit Aufteilung des Großgrundbesitzes ablehnten (dieser Konflikt fand seinen literarischen Niederschlag in Michael Scholochows »Der stille Don«). Der westliche Teilstaat wurde im polnischen-russischen Krieg 1919 vom polnischen Pilsudski-Regime annektiert und blieb bis zur erneuten Teilung Polens im Zweiten Weltkrieg dabei. Die vom Anarchismus herkommende Machno-Bewegung wurde im Süden aktiv und versuchte ihre Vorstellungen herrschaftsfreier Vergesellschaftung unmittelbar umzusetzen (die Härte dieser Kämpfe findet sich dargestellt in Volin, »Die unbekannte Revolution« aus anarchistischer Sicht). Im östlichen Gebiet, ausgehend von Charkiw, griffen die Bolschewiki unter Führung Trotzki ein. Die bürgerliche Republik wurde teils unterstützt, teils übernommen von reaktionären, »weißen«, zaristischen Generalen (Denikin) und kosakischen Hetmans (Skoropadski). Anarchisten und Bolschewiki gingen zunächst gegen die »Weißen« gemeinsam vor, am Ende setzte sich die Rote Armee auch gegen die Machno-Bewegung durch, und die Ukraine (vorerst noch ohne die Westukraine) entstand als Sowjetrepublik innerhalb der 1922 gegründeten Sowjetunion.

Kollektivierung und Industrialisierung

Es liegt auf der Hand, dass heutige politische Traumata in der Ukraine viel zu tun haben mit der harten Zeit des Aufbaus der sozialistischen Vergesellschaftung vor dem Zweiten Weltkrieg, die geprägt ist von der Stalin-Zeit (für die allgemeine Darstellung dieser Entwicklungen und Konflikte in der gesamten Sowjetunion vgl. unsere Broschüre »Weiße Flecken«). Die Bedeutung der Ukraine lag damals in ihrer Landwirtschaft (sie war immer noch die »Kornkammer«), im Bau neuer Kraftwerke am Dnjepr und im Donbass als einem der wenigen industriellen Kerne der frühen Sowjetunion. Unterschiedliche soziale Positionen bedingen freilich ebenso differente politische Deutungen. Das gilt sowohl für die damalige Zeit wie auch die heutige. Für die einen war die Stalin-Zeit eine Phase des Aufbaus von gesellschaftlichem Reichtum wie auch von Wehrhaftigkeit gegenüber den Angriffen von außen bis hin zur Zerschlagung der faschistischen Herrschaft im Zweiten Weltkrieg, für die anderen bedeutete sie Terror durch die Kollektivierung unter staatlichem Zwang bis hin zu angeblichem Verhungernlassen im Jahr der Dürre in der Ukraine 1932/33.

Dass diese Hungersnot jedoch mitnichten von oben geplant war, um den daraus resultierenden Widerstand zu brechen, auch nicht quasi billigend in Kauf genommen wurde, lässt sich vielfach belegen. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass 1932/33 keineswegs allein die Ukraine, sondern weite Teile der Sowjetunion von dieser enormen Hungersnot betroffen waren. Betroffen waren etwa auch der Nordkaukasus und die Wolgaregion. In der gesamten UdSSR starben damals zwischen fünf und sieben Millionen Menschen unmittelbar an Hunger. In Relation zur jeweiligen Bevölkerung war dabei die Ukraine nicht einmal am schlimmsten betroffen. Zwar gab es hier die meisten Opfer, zwischen drei und vier Millionen Hungertote, also mindestens die Hälfte von allen Toten. Bezogen auf 33 Millionen Einwohner waren es rund 10 %. In Kasachstan starben nach Schätzungen 1,4 Millionen, aber in Relation zu 6,3 Millionen Einwohner:innen. Das sind etwa 22 % der dortigen Bevölkerung.

Primär war diese Entwicklung darauf zurückzuführen, dass die Sowjetunion in jenen Jahren erneut von einer der dort sporadisch auftretenden Dürren betroffen war, so wie es sie bereits 1921, 1924 und 1928 gegeben hatte und die dieses Mal besonders schlimm ausfiel. Die dramatischen Wetterbedingungen förderten dann auch noch Getreidekrankheiten, die zu zusätzlichen Verlusten führten. Letztlich wurde die Entwicklung dermaßen dramatisch, dass die Regierung sich genötigt sah, eigene Getreidereserven aufzulösen, teilweise zu Lasten der städtischen Bevölkerung. Selbst die Lebensmittelreserven der Roten Armee wurden stark abgeschmolzen. Auch der Export von Getreide, den die Sowjetführung ansonsten vornahm, um die Devisen zum Einkauf notwendiger Industriegüter zu erwirtschaften, wurde rapide heruntergefahren (von Mitte 1931 bis Mitte 1932 4,7 Mio. Tonnen auf 1,6 Mio. Tonnen im darauffolgenden Jahr bis Mitte 1933). Die Regierung war um die Bekämpfung der Hungersnot bemüht und legte Programme zur Erntesteigerung und Schädlingsbekämpfung auf. Dafür lassen sich reichlich Belege finden, dagegen nicht für ein be-

wusstes Verhungernlassen. Ohne Frage kamen auch die Konsequenzen der gesellschaftlichen Umbruchsituation hinzu, die aber für die Hungerkatastrophe keineswegs der zentrale Faktor gewesen war.

Dabei ging es im Wesentlichen darum, die Sowjetunion in den Stand zu versetzen, eine Industrialisierung des ganzen Landes durchzuführen. Dies war grundsätzlich nötig, um durch Überwindung kleinbürgerlicher (Handel, Konsumgüterindustrie) und einzelbäuerlicher Wirtschaftsformen (Resultate der Periode der »Neuen Ökonomischen Politik« - NEP) den Aufbau sozialistischer Produktionsverhältnisse und die Steigerung der Produktivität endlich in Gang zu bringen, damit in der Perspektive die Armut zu beseitigen und den gesellschaftlichen Reichtum zu vermehren. Von entscheidender Bedeutung in der damaligen weltpolitischen Lage war die Wehrhaftmachung der Sowjetunion gegen einen drohenden imperialistischen Angriff aus dem Westen. Das zahlte sich Jahre später aus bei der Abwehr des Überfalls durch das faschistische Deutschland und der Weiterführung des Krieges bis zur Befreiung Europas vom Faschismus.

Vor diesem Hintergrund fasste die Sowjetführung 1928 den Beschluss zur Kollektivierung der Landwirtschaft. Neben der Herstellung sozialistischer Produktionsverhältnisse sollte es darum gehen, eine »Industriearbeite« zu erwirtschaften, um die Industrialisierung in Gang zu setzen. Da es nicht gelungen war, aus der bolschewistischen Revolution in Russland eine Weltrevolution in den reichen Industrieländern des Westens zu machen, war das Land auf die eigenen inneren Kräfte angewiesen. Es galt, ein genügend großes Mehrprodukt aus der Landwirtschaft in die Industrialisierung zu leiten. Die Bauern aber verhielten sich zu ihren Produktionsmitteln, die sie teilweise erst durch die Aufteilung des Großgrundbesitzes gewonnen hatten, als individuelle Eigentümer. Die Sowjetführung war der Meinung, dass die Industrialisierung umgekehrt auch die Produktivität der Landwirtschaft heben würde. Diese war im Zarenreich und in den ersten zehn Jahren nach der Oktoberrevolution so niedrig, dass jede Störung der normalen Ernteabläufe eine Hungersnot auslösen konnte.

Somit war der Konflikt ein Klassenkampf um die Zukunft der ganzen Gesellschaft. Die Bolschewiki standen vor der existenziellen Frage, diese Aufgabe anzugehen oder den Aufbau des Sozialismus aufzugeben. Aus heutiger Sicht, im Nachhinein also, Jahrzehnte nach der Auflösung der Sowjetunion, scheinen die Opfer historisch vergeblich gewesen zu sein. Diese Perspektive konnte in der damaligen Situation jedoch nicht zur Debatte stehen. Entschieden werden konnte nur nach Lage der Dinge. Insgesamt haben Kollektivierung und Industrialisierung in der Sowjetunion große gesellschaftliche Fortschritte gebracht. Wie die Geschichte Russlands, der Ukraine, Europas und der Welt ohne diese Maßnahmen verlaufen wäre, kann vernünftigerweise kein Mensch sagen.

All das kann jedoch diejenigen nicht überzeugen, die aus ihrer grundsätzlichen Position heraus entschlossen sind, den angeblichen »Holodomor« zu nutzen. Sie haben ihre wie auch immer hergeleiteten und begründeten Positionen und Zusammenhänge, seien es Klassenfragen, seien es nationale Motive.



Verhungernde Bauern in Charkiw (1933), Quelle: Wikipedia

Streit der Geschichtswissenschaft

Die Behauptung eines gezielten Verhungernlassens lässt die Zwangslage, in der sich die Sowjetunion angesichts der durch die faschistische Gefahr in Europa wachsenden äußeren Bedrohung sowie der immer noch auf Klasseninteressen bestehenden inneren Widerstände gegen den sozialistischen Aufbau außer Acht. Die Aufrechterhaltung von »Holodomor« gegen »Holocaust« kommt den Vertreter:innen der sogenannten Totalitarismus-Theorie zupass, deren Kernaussage in der Gleichsetzung von sozialistischer Parteidiktatur und faschistischem Terror besteht. Diese Argumentation durchzieht in den bürgerlichen Medien immer noch die Berichterstattung und Kommentierung der aktuellen »West-Ost“-Konflikte, sei es mit Russland, sei es mit China, obwohl es nicht mehr um die Gegensätzlichkeit von Gesellschaftssystemen geht, sondern um Konkurrenz von Staaten in ihren Einflussphären. Das wird sich auch nicht ändern.

Die Wahrnehmung und Bewertung der Abläufe und Ergebnisse der Kollektivierung hängen in entscheidendem Maße vom Klassenstandpunkt ab, den Autor:innen in Wissenschaft, Publizistik und Politik vertreten. Vom sozialistischen Standpunkt her war die Kollektivierung eine gewaltige gesellschaftliche Anstrengung mit vielen Opfern, aber letztlich ein Erfolg. Das sahen auch Zeitgenoss:innen so: Die Opposition dagegen, so Thanasis Spanidis in der Jungen Welt (Der erfundene Völkermord, jw v. 23.6.2017), habe »selbst nach großzügigsten Schätzungen ... maximal fünf Prozent der bäuerlichen Bevölkerung« umfasst, von diesen seien wiederum 90 Prozent friedlich gewesen, seien durch »Erklärungen, Überzeugung und Zugeständnisse beschwichtigt« worden. Es habe auch viele Bauern gegeben, die die Kollektivierung aktiv unterstützt und vorangetrieben hätten. In den russischen Kerngebieten wirkte die vorrevolutionäre Tradition der Dorfgemeinschaft (Obschtschina) noch nach, die es allerdings in der Ukraine so nicht gegeben hatte.

Die zentrale Schlussfolgerung von Spanidis Beitrag lautet daher: »Beim 'Holodomor' handelt es sich also um einen besonders dreisten Fall von Geschichtsfälschung, da jedes Detail des relativ gut erforschten Ereignisses der These eines gewollten 'Völkermords' widerspricht.« Andererseits dürfen diese Richtigstellungen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kollektivierung im Rahmen des Klassenkampfes und der Enteignung von Bauern auch ein gewaltförmiger Vorgang war. Zu den Einzelheiten kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Aber eines war sie eben nicht: Völkermord.

Es gelingt auch bürgerlichen Historiker:innen nicht, nachzuweisen, dass die Kollektivierung ein gezielt gegen die Ukrainer:innen oder gegen die Bäuer:innen gerichteter Genozid gewesen sei. Das setzt gemäß der UNO-Definition Absicht und Ziel voraus, eine bestimmte ethnisch definierte Gruppe zu vernichten. Dies lässt sich bei den Nazis und den deutschen Kolonialisten ohne weiteres bestimmen, auch in Fällen anderer Kolonialmächte. Gegenüber dem angeblichen Holodomor müssen sich Vertreter:innen dieser These mit Mutmaßungen, Übertreibungen einzelner Vorfälle oder Verbindung von Vorgängen, die nichts miteinander zu tun haben, begnügen. Ein Beispiel zu letzterem ist die US-Historikerin Anne Applebaum, die das gleichzeitige Vorgehen gegen ukrainische Intellektuelle als »Beweis« anführt, dass es einen gezielten Genozid gegen die ukrainische Nationalität gegeben habe. Hier handelt es sich jedoch um zwei unterschiedliche soziale Schichten und im übrigen um einen Vorgang in der Landwirtschaft überall in der Sowjetunion.

Politische Instrumentalisierung

Wie kam die Verleumdung der Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft als spezifisch gegen die Ukraine gerichteter »Holodomor« in die Welt? Der Ursprung lag bei der Beschäftigung mit dem »Holocaust« (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9096>). Als die Filmserie dieses Namens Ende der siebziger Jahre ge-

dreht und gezeigt wurde, kamen ukrainische Nazis im kanadischen Exil auf den Gedanken, eine »Gegenerzählung« aufzubringen mit dem ukrainischen Hungerwinter 1932/33 als Thema und dem neugebildeten »Holodomor« als Kunstwort, das diese völlig unvereinbaren Vorgänge vergleichbar machen sollte. Damit versuchten sie zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: vor allem sich selbst der Verantwortung für Verbrechen ukrainischer Faschisten an der Seite von deutscher Wehrmacht und SS zu entziehen, zum anderen die Debatte über das »stalinistische Verbrechen Holodomor« in Gang zu setzen. Dies gelang mit der Unterstützung staatlicher Stellen in USA, Kanada und schließlich insgesamt 16 Staaten, die inzwischen den »Holodomor« als »Völkermord« anerkannt haben, darunter viele osteuropäische Staaten, deren herrschende Klassen und Mehrheiten in der Bevölkerung einen historischen Hass auf Russland pflegen und sich selbst in der Opferrolle sehen wollen.

»Es ist also eine ausgesprochen trübe Suppe, aus der der Bundestag seinen Holodomor-Beschluss geschöpft hat.« (R. Lauterbach, Mit Melnyk im Plenarsaal, jw v.

2.12.22). Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages schrieb in einer Studie 2008: *»Über die Deutung der Hungersnot in der Sowjetunion 1932/33 - die ihren regionalen Schwerpunkt in der Ukraine hatte - besteht eine Forschungskontroverse, die wissenschaftlich noch nicht entschieden ist. Dies betrifft insbesondere die Frage, ob die Hungerkrise von 1932/33 als ein gegen das ukrainische Volk gerichteter Genozid eingestuft werden kann oder nicht.«* Dennoch war der Beschluss des Plenums des Bundestages ein Vorgriff der Parlamentarier:innen auf eine verbindliche Entscheidung - ein wissenschaftlich nicht fundiertes politisches Votum zur Unterstützung des Kriegskurses in der Ukraine, solange der »Westen« ihn will.

Es ist ein billiges Propagandamanöver der Bundestagsmehrheit zur Unterstützung des Krieges gegen Russland. Es sieht halt besser aus, anderen einen Völkermord vorzuwerfen, als an die deutschen Verbrechen in Namibia, Griechenland, Polen, der Sowjetunion und anderswo erinnert zu werden.

4.12.22 ■

Erinnerung an die ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen

Rede von Rolf Becker anlässlich des Antikriegstages am 1. September auf Einladung des Arbeitskreises »Blumen für Stukenbrock« auf dem Ehrenfriedhof für sowjetische Kriegsgefangene in Stukenbrock (Kreis Gütersloh)

Dank Ihnen und Euch, Dank dem Arbeitskreis »Blumen für Stukenbrock«, dass ich nach drei Jahren wieder hier bei Euch sein darf – in gemeinsamer Teilnahme und wie vermutlich alle hier in großer Sorge. Dank vor allem, dass Ihr Euch trotz aller im Lande verbreiteten Vorurteile nicht habt abhalten lassen vom Besuch dieser Gedenkveranstaltung, Dank ausdrücklich auch den anwesenden Vertretern des Russischen Generalkonsulats.

Vorab zu Schwierigkeiten, denen wir mehr oder weniger alle ausgesetzt sind, eine Antwort mit den Worten des griechischen Dichters und Widerstandskämpfers Jannis Ritsos:

»Die Worte, die man dir zu sagen verbietet, wenn du sie nicht aussprichst, bist nicht du, noch ich oder ein anderer. Niemand bist du. Sprich sie aus. Die Welt ist größer als die Verneiner der Welt. Die Welt gehört dir und du kannst sie geben.«

Teilnahme – gemeinsames Gedenken an die Tausende sowjetischer Kriegsgefangener, die hier gelitten haben, bevor sie starben – an Hunger, Kälte, Krankheiten, durch Misshandlung, Folter, Totschlag, Erschießen. 65 000 liegen hier – ein Teil der »geschätzt« 3,3 Millionen Ermordeten von den 5,7 Millionen sowjetischen Gefangenen insgesamt, nur jeder Dritte von ihnen überlebte die Gefangenschaft.

Frage – heute leider notwendig geworden: Wie viele von ihnen waren Russen, wie viele Ukrainer, wie viele aus weiteren Völkern, die bis 1991 zur Sowjetunion gehörten? Soll unser Gedenken sich auf ein Unterscheiden einlassen zwischen denen, die hier nach gemeinsamen Kampf gemeinsam gelitten und ihr Leben gelassen haben?

Wir haben, um zur Zeit verbreiteten Vorurteilen entgegenzutreten, vor wenigen Wochen in Hörsten bei Bergen-Belsen, einer der niedersächsischen Gedenkstätten für ermordete sowjetische Kriegsgefangene, gegen das Verbot der Landesregierung die sowjetische Fahne mit Hammer und Sichel über den Gräbern gehisst – so wie hier, dort oben am Obelisken. Unser Gedenken bleibt unteilbar.

Entsprechend auch heute unsere Forderung:

Wiederherstellung des Obelisken in seiner ursprünglichen Form – nochmals verbunden mit dem Hinweis, dass die sowjetische Fahne seit einem Vierteljahrhundert Historie ist, aber weiterhin verbunden mit dem Bekenntnis zu ihrem Rot – *»Tropfen für Tropfen aus Blut«* (Pablo Neruda).

Gemeinsame Teilnahme und Sorge, große Sorge. Bereits 2019, als ich hier zu Euch sprechen durfte, habe ich erklärt:

»Sorge, weil ein weiterer Krieg, der die Unermesslichkeit des in den zwei Weltkriegen Ertrittenen noch zu übersteigen droht – Folge auch der Tatsache, dass sich die deutschen Nachkriegsregierungen einer konsequenten Aufarbeitung des vermeintlich Vergangenen verweigert haben und bis heute verweigern.«



Mahnmal Stukenbrock 2019, Quelle: Wikipedia

Wir sollten weiterhin an die Mahnung von Christa Wolf erinnern:

»Das Vergangene ist nicht tot; es ist nicht einmal vergangen. Wir trennen es von uns ab und stellen uns fremd.«

Gegen dieses *»uns fremd stellen«* hat wieder und wieder auch Esther Bejarano, Überlebende der KZs Auschwitz und Ravensbrück, die uns im vergangenen Jahr für immer verlassen hat, hingewiesen und, vor allem an Jugendliche gerichtet, geäußert:

»Wo stehen wir – dieses Land, diese Gesellschaft – 75 Jahre nach der Befreiung durch die Rote Armee?«

Plötzlich gab es keine Nazis mehr, damals, 1945 – alle waren verschwunden. Uns aber hat Auschwitz nicht verlassen. Die Gesichter der Todgeweihten, die in die Gaskammern getrieben wurden, die Gerüche blieben, die Bilder, immer den Tod vor Augen, die Alpträume in den Nächten.

Wir haben das große Schweigen nach 1945 erlebt, erlebt wie Nazi-Verbrecher davonkommen konnten – als Richter, Lehrer, Beamte im Staatsapparat und in der Regierung Adenauer. Wir lernten schnell: die Nazis waren gar nicht weg. Die Menschen trauerten um Verlorenes: um geliebte Menschen, um geliebte Orte. Wer aber dachte über die Ursachen dieser Verluste nach, fragte, warum Häuser, Städte, ganze Landstriche verwüstet und zerstört waren, überall in Europa? Wen machten sie verantwortlich für Hunger, Not und Tod?

Dann brach die Eiszeit herein, der Kalte Krieg, der Antikommunismus. Es war ein langer Weg vom kollektiven

Beschweigen bis zum Eichmann-Prozess in Jerusalem, über die Auschwitz-Prozesse in Frankfurt am Main zu den Studentenprotesten in den 1968ern, hin zur Fernsehserie »Holocaust« ab 1979. Nur zögerlich entwickelte sich das Bewusstsein, die Wahrnehmung des NS-Unrechts.

Aber auch die Rechten, die Alt- und Neonazis und Auschwitzleugner formierten sich. Sonntagsreden, die Betroffenheit zeigen, reichen deshalb nicht. Betroffenheit muss zum Handeln führen, es muss gestritten werden für eine Gesellschaft ohne Diskriminierung, Verfolgung, Antisemitismus, Antiziganismus, ohne Ausländerhass! Nicht nur an Gedenktagen!«

»Nichts verfälschen, nichts beschönigen, nichts unterschlagen« – diese von Esther vielfach wiederholte Mahnung sollte für uns besonders gelten, wenn es um den Krieg in der Ukraine geht.

»Sagen, was ist« – wie von Rosa Luxemburg gefordert, als wahr Erkanntes aussprechen, uns um das Erkennen der Tatsachen bemühen, um uns der Wahrheit anzunähern, und sei es im Widerspruch zu Medien und Regierungen.

Ich wiederhole im Folgenden, was ich schon andernorts gesagt habe:

Könnten wir hierzulande, europaweit und in der westlichen Welt Regierenden und Medien vertrauen, bliebe uns nichts anderes übrig als ihren Maßnahmen zuzustimmen:

100 Milliarden zusätzlich fürs Militär, Hochrüstung und Rüstungsexporte, Kauf von Flugzeugen, die atomar bewaffnet werden können, Sparmaßnahmen und Importbeschränkungen – all das, um Russland zu schwächen, Vorbereitung schließlich auf eine nicht mehr auszuschließende atomare Auseinandersetzung der NATO mit Russland. Begründung für diese und zahlreiche weitere Schritte: der von Russland begonnene Angriffskrieg.

Wir sollten stattdessen nach den wirklichen Gründen der Auseinandersetzung fragen, die bislang schon so viele Opfer gefordert hat, Tote, Schwerverletzte, Flüchtlinge – darunter zahlreiche Kinder. Sollten, wie bereits vor 500 Jahren Machiavelli und seitdem zahlreiche militärische Führer, Politiker und Staatsoberhäupter uns klarmachen: *»Nicht wer zuerst nach den Waffen greift, ist Anstifter des Unheils, sondern wer die Ursache dafür geschaffen hat.«*

Als wir, Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Gewerkschaften und politischen Zusammenhängen, 1999 nach unserer Reise ins von der NATO bombardierte Jugoslawien darauf hinwiesen, dass dieser Angriff unter deutscher Beteiligung eine entscheidende Etappe der militärischen Einkreisung Russlands sei, erfuhren wir überwiegend Ablehnung, auch innerhalb des DGB.

Vergeblich erinnerten wir daran, mit welchen Folgen Vertreter der Gewerkschaften und der SPD zu Beginn des Ersten Weltkriegs zur *»Verteidigung des Vaterlandes«* aufgerufen und Arbeitskämpfe und gewerkschaftlichen Widerstand eingestellt hatten.

Vergeblich auch auf die bis heute dunkelsten Stunden der deutschen Arbeiterbewegung: die kampflose Niederlage Ende Januar 1933 bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten unter Hitler. Nicht die Niederlage machte diese *»dunkelsten Stunden«* aus, sondern dass sie kampflos erfolgte.

Und vergeblich erinnerten wir auch daran, dass dem Aufruf der Gewerkschaftsführung, den 1. Mai gemeinsam mit der NSDAP zu begehen, am Folgetag der Sturm der SA auf die Gewerkschaftshäuser folgte.

Auch wenn die damaligen Ereignisse nicht mit heutigen vergleichbar sind, sollte als Einsicht bleiben, dass weder Gewerkschaften noch Gruppen und Parteien der Linken durch Anpassung an die Interessen der herrschenden Klasse und der Regierenden etwas gewinnen, sondern nur ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten einschränken.

Zu unseren Einsichten sollte entsprechend gehören: Keine Solidarität mit der ukrainischen Regierung Selensky, wohl aber Hilfe und Unterstützung der leidenden Bevölkerung und gewerkschaftlich organisierter Kolleginnen und Kollegen.

Entsprechend auch:

Keine Unterstützung für den von Russland am 24. Februar begonnenen Krieg, dessen Ursachen wir versuchen nachzugehen und, soweit uns möglich, zu erklären, nicht aber zu rechtfertigen. Wir bleiben Internationalisten aufseiten der arbeitenden und leidenden Bevölkerungen – wo auch immer, auch hierzulande.

Die Einkreisung Russlands ging und geht weiter: mit der NATO-Ausdehnung seit 1991, dem Maidan-Putsch 2014 und der folgenden Auseinandersetzung um die Donbass-Region, dem Versuch die abgespaltene Krim wieder in die Ukraine zurückzuholen, die geplante Verstärkung der NATO an den Grenzen Russlands von bisher 40.000 auf 300.000, wie es heißt, »militärische Verteidigungskräfte«.

Die Erweiterung der Nato um Schweden und Finnland verdeutlicht, dass es sich nicht um einen lokalen Krieg zwischen Russland und der Ukraine handelt, sondern um einen geopolitischen Großmachtkonflikt – in dem die Regierung der USA eine treibende Kraft ist.

Ein Kapitulationsfrieden kommt für Kiew ebenso wenig in Frage wie für Moskau ein völliger Rückzug aus dem Donbass und der Krim, die es als russisches Staatsgebiet betrachtet. Friedenslösungen, die auf Kompromissen und nicht auf Kapitulation beruhen, sind nur unterhalb der Maximalforderungen beider Seiten erreichbar.

Sollte er sich der Krieg zwischen Russland und der Ukraine ausweiten auf den bislang durch Sanktionen und Waffenlieferungen indirekt geführten Krieg der NATO gegen Russland, würde Europa zum Kriegsschauplatz werden.

Der nach China ökonomisch größte Konkurrent der USA wäre damit ausgeschaltet: Eine Möglichkeit, die in Washington und auch in Kreisen der deutschen Wirtschaftsführung mitgedacht werden dürfte. Wir sollten das in unsere Überlegungen einbeziehen.

Und sollten uns darüber klar sein und denen klarmachen, die wie Außenministerin Baerbock glauben »Russland ruinieren« zu können, dass wir nach allem, was die deutsche Wehrmacht, die Waffen-SS und weitere Organisationen im 2. Weltkrieg angerichtet haben, nicht die geringste Rücksicht zu erwarten haben, wenn Deutschland über die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland und über die Waffenlieferungen an die Ukraine hinaus abermals Krieg gegen Russland führt.

Christa Wolf, in ihrem Buch »Kassandra«: »Wann Krieg beginnt, das kann man wissen, aber wann beginnt der Vorkrieg. Falls es da Regeln gibt, müsste man sie weitersagen. In Ton, in Stein eingraben, überliefern. Was stünde da. Da stünde, unter anderen Sätzen: Lasst euch nicht von den Eigenen täuschen.«

Aus der Rede des damals 95jährigen Daniil Granin, einem Überlebenden der Belagerung Leningrads, am 27. Januar 2014 vor den Abgeordneten des Deutschen Bundestages:

»An den Wänden des Reichstags waren noch die Inschriften unserer Soldaten zu lesen. Eine davon ist mir besonders im Gedächtnis geblieben: ‚Deutschland, wir sind zu dir gekommen, damit du nicht mehr zu uns kommst‘.«.

Dass die jetzt bewilligten ungeheuren Summen für die weiteren Rüstungsvorhaben in allen sozialen Bereichen fehlen werden und von der Bevölkerung aufgebracht werden müssen, wird auch bei vielen, die unsere Ansichten heute noch nicht teilen, zum Nachdenken im Sinne unseres Anliegens führen:

Widerstand gegen die geplanten Einschnitte, Nein zu Rüstung und Abbau sozialer Standards, Nein vor allem auch im Namen unserer Kinder, die um Bildung, Ausbildung, Arbeit und Perspektiven fürs Leben betrogen werden. Konsequenz kann nur sein uns enger zusammenzuschließen, vor allem in der täglichen Kleinarbeit. Gegen Sozialabbau, für Frieden und Völkerverständigung:

Kampf um Frieden ist Kampf gegen den Kapitalismus.

»Fußstapfen der Freiheit sind Gräber.« (Volker Braun, Rede anlässlich der Verleihung des Büchner-Preises 2000):

Erschossene, Totgeschlagene, Erhängte, Verhungerte, an Krankheiten und Seuchen Gestorbene, ohne Obdach bei Wind, Regen und Kälte – ermordet im Staatsauftrag faschistischer Schreckensherrschaft in Deutschland.

Auftrag angesichts der Gräber hier, den es zu konkretisieren gilt: das Sterben derer, die hier liegen, erhält einen Sinn, wenn wir uns nicht beschränken auf Erklärungen und Transparente, sondern aufklären über Geschichte wie Gegenwart und uns dem Eingreifen bei ökonomischen und politischen Konflikten nicht verweigern.

Die Gräber der Toten hier zu Fußstapfen der Freiheit machen – lasst uns den Auftrag annehmen.

Im Sinne des Aufrufs des Arbeitskreises »Blumen für Stukenbrock e.V.« vom 25. Februar 2022:

- Schluss mit Kriegsrhetorik und Konfrontationspolitik.
- Rückkehr zu dem Minsk II-Abkommen von 2015.
- Wiederaufnahme der Verhandlungen NATO–Russland. Schluss mit den Sanktionen.
- Frieden in Europa gibt es nur mit Russland: eine Lehre aus der Geschichte und ein Gebot der Gegenwart.

03.09.2022, Stukenbrock, Stalag 326 ■

Der Rechtsruck in Italien und seine Bedeutung im europäischen Rahmen

Bei den italienischen Parlamentswahlen am 25. September 2022 wurden die Fratelli d' Italia (FdI) von Georgia Meloni mit 26,4 % der Stimmen stärkste Partei. Ihre Bündnispartner erhielten: Lega (Matteo Salvini) 8,8 %, Forza Italia (FI, Silvio Berlusconi) 8,1 %, Noi Moderati (Wir Gemäßigte) 0,9 %. FdI gilt als »post- bzw. neofaschistisch«, Lega und FI als »rechtspopulistisch«. Zu diesen Zuschreibungen und ihrer Bedeutung kommen wir später. Das rechtsradikale Bündnis errang damit 43,3% bzw. 237 der 400 Sitze in der Abgeordnetenkammer (und damit zwar aufgrund der Besonderheiten des italienischen Wahlrechts eine absolute, aber keineswegs eine Zweidrittel-Mehrheit). Das »Mitte-Links"-Bündnis erhielt demgegenüber nur 26,1 % und 80 Sitze. Stärkste Kraft dieses Lagers und zweitstärkste im Parlament ist die sozialdemokratische PD (Partito Democratico) mit 19,1 %, weiter gehören dazu linke und liberale Splitterparteien (darunter eine Abspaltung von den »Fünf Sternen« unter Luigi di Maio, die es nicht ins Parlament schaffte). Einen wirklich zählenden Block zu bilden, der den Rechten etwas entgegen stellen könnte, ist der PD unter Enrico Letta schon im Vorfeld der Wahl nicht gelungen (Letta hatte das Bündnis aufgekündigt, nachdem die M5S Kritik an der Ukrainepolitik der Regierung geübt hatten). Die M5S (Movimento Cinque Stelle unter Giuseppe Conte) selbst trat allein an und bekam 15,4 % bzw. 51 Sitze (was immerhin eine Steigerung gegenüber Umfragen bedeutet). Schließlich gibt es noch eine als neoliberal eingestufte Verbindung, in der u. a. der frühere PD-Chef Matteo Renzi mitmischte, mit 7,8 % und 21 Sitzen. Der Rechtsruck ist deutlich, blieb aber wohl unterhalb von Befürchtungen. Im Folgenden wollen wir eine vorläufige Einschätzung der Bedeutung dieses Ergebnisses für Italien und die Europäische Union versuchen.

Wird Italien nun faschistisch?

Vor ziemlich genau hundert Jahren, im Oktober 1922, unternahm Mussolini den spektakulären »Marsch auf Rom«, in dessen Ergebnis der König ihn mit der Regierungsbildung beauftragte, d. h. die faschistische Diktatur über Italien begonnen wurde. Melonis Partei, die FdI, sieht sich in der Nachfolge der Partei Mussolinis, was sie in ihrer Symbolik (die Flamme in den italienischen Farben über dem Grab des Duce) erkennen lässt. In Italien gibt es zwar die Tradition der Resistenza, des Widerstandes gegen den Faschismus im eigenen Land und den der deutschen Besatzungsmacht, der der zahlenmäßig größte in Westeuropa war. Aber dennoch muss auf der anderen Seite festgestellt werden: Die Aufarbeitung des Faschismus läuft in Italien nicht nach demselben Muster wie in Deutschland, wo die Distanzierung vom Hitler-Regime, vom Genozid an der jüdischen Bevölkerung Europas (Holocaust), vom Rechtsextremismus (freilich auch gegen »Linksextremismus« gewandt) zur unhinterfragten bürgerlichen Staatsräson der BRD gehört. Manche Erscheinungen, wie etwa offiziell geduldete jährliche



Mussolinis Geburtshaus in Predappio

Quelle: Wikipedia

Erinnerungsfeiern von Neofaschist:innen an Mussolinis Geburtsort Predappio, die relative Stärke neo- oder postfaschistischer Parteien in der Öffentlichkeit und im Parlament, öffentliche Relativierungen der faschistischen Diktatur durch rechte Politiker der Republik wie Berlusconi, Verkauf von Mussolini-Souvenirs in römischen Geschäften usw. irritieren. Dennoch ist festzuhalten, dass wir heute andere Umstände haben. Deshalb darf der Blick nicht an der Symbolik haften bleiben, sondern muss die heutigen Fakten zur Kenntnis nehmen, um die Lage zutreffend zu beurteilen.

Die faschistische Bewegung des frühen zwanzigsten Jahrhunderts in Italien wurde aufgebaut gegen eine starke Arbeiterbewegung, die im Begriff war, die Herrschaft und Produktionsweise des Kapitals in Italien und fast ganz Europa anzugreifen und zu gefährden. Es war die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, der Tod und Verelendung gebracht hatte, und der Oktoberrevolution, die in Russland die Macht ergriffen hatte. In Italien hatte sich die kommunistische Partei von den Sozialisten getrennt. Die klassenkämpferische Linke war stark, das Kapital brauchte eine faschistische Gegenbewegung und bekam sie.

Es ist unschwer zu erkennen, dass diese Voraussetzungen im heutigen Italien nicht vorliegen. Das Land ist Teil des bürgerlich-demokratischen Lagers westlicher Prägung. Es gibt kein Bedürfnis in der Mehrheit der herrschenden Klasse und der Bevölkerung nach einem autoritären »Führerstaat«, einer staatsterroristischen Aufhebung der Rechtsgarantien bürgerlicher Freiheit und nach einem »Ständestaat« mittelalterlicher Orientierung. All das vertritt auch Melonis Partei nicht in ihrer Programmatik und ihren Wahlkampfauftritten. Unter ihrer Losung »Patria, Dio, Famiglia« (Vaterland, Gott, Familie) lässt sich auch ein gediegener Konservatismus fassen. Ebendies ist Teil der politischen Strategie: Man will sich dem bürgerlichen Lager anschlussfähig zeigen und dort die Führung übernehmen. Das heißt dann eben auch An-

passung in Strategie und Inhalten, ähnlich wie Marine Le Pen in Frankreich. Ein faschistisches Regime kann nur dort entstehen, wo es die Umstände im Interesse der Herrschenden verlangen, eine für sie bedrohliche Arbeiterbewegung in dem Moment zu unterdrücken, wo deren Kraft nachlässt.

Nur wenn es eine starke Linke gäbe, damit die Gefahr einer revolutionären Überwindung des Kapitalismus im Raum stünde, hätten die Kapitalisten überhaupt Veranlassung, sich der Hilfe einer schlagkräftigen faschistischen Bewegung zu versichern. Für Meloni, Salvini und Berlusconi bleibt gegenwärtig davon nur die Rhetorik, mit der sie ihre radikaleren Anhänger beruhigen und bei der Stange halten.

Folgen für die Innenpolitik Italiens

Eine wirkliche Entwarnung ist damit natürlich nicht gegeben, denn es droht eine massive Verschiebung der Kräfteverhältnisse samt schweren Nachteilen für bestimmte gesellschaftliche Gruppen. Die FdI liegt klar in der Traditionslinie der Bewegung Mussolinis und gilt Linken als faschistische, den bürgerlichen Medien als postfaschistische Partei. Ihre Ideologie ist geprägt von einem autoritären Verständnis von Familie, Staat und Gesellschaft. Dass eine Frau an der Spitze steht, die zudem aus einem traditionellen Arbeiterviertel (Garbatella in Rom) kommt, spielt dabei keine Rolle. Rechte von Frauen (insbesondere auf Abtreibung), von Minderheiten (darunter LGBT etc.), MigrantInnen (übers Mittelmeer Geflüchtete) sind damit durchaus gefährdet. Salvini hatte das als Innenminister der M5S-Lega-Koalition schon einmal vorgemacht. Auch wenn er wegen persönlicher Differenzen mit Meloni diesen Posten diesmal nicht bekam, dürfte der Kurs der Regierung künftig ähnlich sein. Der Spaß sei vorbei, erklärte Meloni mit Blick auf Brüssel, den Vorgaben von dort werde nicht mehr so leicht gefolgt und die Italiener dürften wieder stolz auf ihr Land sein. Eine rechte Regierung mit einer sicheren, wenn auch nicht verfassungsändernden Mehrheit könnte einige Pflöcke einschlagen, deren Aufhebung einer nachfolgenden »Mitte-Links“-Regierung schwerfallen könnte.

Die Halbwertszeit italienischer Regierungen ist bekanntermaßen niedrig, nur einige wenige Jahre. Melonis FdI bezog ihren Wahlsieg nicht zuletzt aus der Tatsache, dass sie der übergroßen Koalition unter Draghi als einzige der in der Öffentlichkeit wahrnehmbaren Parteien nicht angehört hatte. Damit wucherte sie im Wahlkampf. Sie war insofern »sauber«. Die FdI galt als unverbraucht und konnte somit zum Sammelbecken all derer werden, welche infolge der neoliberalen Reformpolitik auf der Strecke geblieben waren. In den wirtschaftlich entwickelten Städten Mittelitaliens (wie Bologna und Florenz) blieb sie allerdings weiter hinter Sozialdemokraten und Linken zurück. Ihre Hochburgen lagen bei Arbeiter:innen in der Provinz, Handwerkern, Kleinunternehmern sowie entsprechenden Händlern. Das entspricht in etwa dem oberen Teil der Arbeiterklasse und dem unteren Teil des Kleinbürgertums.

Anders als früher hatten linke Parteien und Gruppierungen die Stimmung gegen die regierenden Parteien und ihre Politik der Abwälzung der Krisenlasten auf die

schwächeren sozialen Schichten nicht aufnehmen können. Seit dem Auseinanderbrechen der PCI (Partito Comunista Italiano = Kommunistische Partei Italiens) 1991, der Integration des größeren Teils in das bürgerliche Parteienspektrum und der Zerfaserung des kleineren klassenkämpferischen Teils ist der Niedergang der Linken immer weiter gegangen bis zum völligen Verschwinden aus dem Parlament (außer der PD). Insofern tun sich Parallelen zu unseren Verhältnissen auf. Die Linke muss unter den heutigen schwierigen Verhältnissen in nahezu allen Ländern der EU ihre Strategie und deren Ziele gründlich überdenken: Will sie beim Klassenstandpunkt des Proletariats bleiben oder gibt sie ihn auf, weil die Umstände der heutigen Zeit zu komplex sind? Sind ihr Bürgerrechtsfragen einzelner Gruppen der Gesellschaft wichtiger als soziale Interessen der Arbeiterschaft in der real existierenden Klassengesellschaft? Ist es überhaupt notwendig oder schlüssig, dies gegeneinander auszuspielen?

Auch hier in Deutschland haben wir das Problem, dass die Rechte (die AfD) soziale Fragen aufgreift und damit ein gewisses (u. U. zu großes) Maß an Glaubwürdigkeit bei denen gewinnt, denen in ihrem schwierigen Alltag das Hemd näher ist als die Jacke. Insofern waren in Italien alle drei rechten Parteien attraktiver als Linke und Reformisten. Sie propagierten im Wahlkampf Vorschläge, die auch und gerade denen auf der unteren sozialen Stufenleiter Erleichterungen verschaffen sollen, etwa die Verdoppelung der Mindestrente oder ganz generell den Erlass von Steuerschulden. Sie versprachen eine Stärkung der heimischen Wirtschaft, welche Arbeitsplätze nicht in Fernost, sondern in Italien schafft.

Dem steht zwar entgegen, dass sie zugleich ein gesetzliches Bürgergeld, das unter der M5S-Lega-Regierung 2019 eingeführt worden war, wieder kassieren wollen. Aber da gilt Ähnliches wie bei uns bezüglich Hartz IV, über das nicht nur unter Mittelschichtlern, sondern auch vielen Facharbeiter:innen die übelsten Vorurteile und Falschmeldungen kursieren. Eine verbreitete Haltung besagt, dass Bezieher:innen von Hartz IV (ab Januar 2023 Bürgergeld genannt) ein auskömmliches Einkommen für nichts bekommen, während andere früh aus dem Bett müssen.

Dass Rechtsextreme sich die sozialen Probleme zunutze machen, um die Betroffenen als Stimmvieh zu benutzen, ist ja nichts Neues. Dass von ihren Wahlversprechen nachher kaum etwas wahr gemacht wird, auch. Linke müssen Gegenmittel dazu entwickeln, die mit emanzipatorischer Politik verbunden sind und eine klare Alternative zu den falschen Verlockungen des autoritären rechten Nationalismus aufzeigen. Entsprechendes gilt für die Gewerkschaften.

Folgen für die EU

Dass in einem der Kernstaaten der EU nunmehr eine Rechtspopulistin regiert, könnte für alle europäischen Parteien aus diesem Lager hilfreich sein. Bisher war es ja immer ein Punkt gegen diese Parteien gewesen, dass bei der Mehrheit in der Bevölkerung immer noch ein gewisser Widerwillen dagegen bestand, dass diese in die Regierung aufgenommen würden. Als Protestparteien



Giorgia Meloni

Quelle: Wikipedia

päischen Hauptstädten und die Kommission in Brüssel so sehen.

Italien ist vielfältig ökonomisch und politisch an die EU-Strukturen gebunden. Zwar ist das Land immerhin die drittgrößte Ökonomie der EU. Damit ist es sogar »Nettozahler“: Es muss mehr Geld an Brüssel abgeben, als es von dort bekommt, nämlich per Saldo 4,8 Mrd. Euro. Dieses Geld geht in den EU-Haushalt ein, mit dem der Apparat der EU sowie die seit Jahren eingeführten Standardprogramme bezahlt werden.

Trotzdem wird Geld gebraucht: Der Staat ist hochverschuldet, nur noch vergleichbar mit Griechenland. Zwar ist da immerhin positiv, dass das Geld zumeist inländischen Banken geschuldet wird, nicht wie bei Athen ausländischen. Aber das Ganze ist doch eine teure Angelegenheit: Um neue Kredite am Markt noch platzieren zu können, müssen immer mehr Zinsen (im Vergleich etwa zu Deutschland) gezahlt werden. Dazu kommt, dass neoliberale »Reformen« und Sozialabbau in Italien nicht so durchgesetzt werden konnten wie in anderen Ländern. Die italienische Ökonomie stagnierte, und zwar über Jahrzehnte. 2019 war das Bruttoinlandsprodukt auf gerade mal 109 % des Wertes von 1998 gekommen, also dem Jahr unmittelbar vor der Einführung des Euros als Buchgeld. Dank Corona fiel dieser Wert nach dem ersten halben Jahr 2020 sogar auf nur noch 91 % zurück. Um genau da etwas auf den Weg zu bringen, hatten Draghi und andere dafür gesorgt, dass Italien beim Corona-Wiederaufbauprogramm der EU den größten Anteil, nämlich 191 Mrd. Euro, zugesprochen bekam. Diese Summe läuft quasi nebenher, eine Art »Sondervermögen«, das unter keine Schuldenbremse fällt.

Das ist zwar einmalig, aber immerhin ein fetter Beitrag. Dazu kommen weitere Vorteile, etwa Maßnahmen der EZB (Europäische Zentralbank) zur Stützung der Rendite der italienischen Staatsanleihen. Bezüglich der EU-Abhängigkeit Italiens ist noch ein weiterer Punkt wichtig: Egal ob es um landwirtschaftliche oder industrielle Produkte geht, aus Italien geht davon eine Menge in den Export. Ohne den EU-Binnenmarkt würde die Industrie in Norditalien gravierende Probleme bekommen. Im Jahr 2021 verzeichnete Italien innerhalb der Europä-

ischen Union mit 16 % den zweithöchsten Wert der ins Ausland verkauften Industrieproduktion (nach Deutschland mit 27 % und vor Frankreich mit 11 %). Diese Fragen – Subventionen aus Brüssel und der Binnenmarkt – sind wohl zentral dafür, dass die Meloni-Partei gegenüber der EU vergleichsweise freundlich gestimmt ist. Ein Pendant zum Brexit ist von ihr nicht zu erwarten. Sie verlangt allerdings, dass die EU keine weiteren Integrationschritte mehr vornimmt, sondern sich zu einem »Europa der Vaterländer« (hier wohl in der Tradition eines gewissen Charles de Gaulle) zurückentwickelt.

Perspektiven

Aus alledem könnte man schließen, dass sich in Rom eigentlich wenig ändern wird bzw. eine Meloni-Regierung die Politik der breiten Draghi-Koalition fortsetzen würde. Wir haben natürlich keine Glaskugel und müssen deshalb abwarten, was passiert. Die Logik sagt uns aber, dass der Sturz der Draghi-Regierung seine Gründe hatte. Diese breite »Technokraten«-Koalition hatte sich nur deshalb eine Zeitlang halten können, weil – außer dem Fdi – alle Parteien eingebunden waren, um die Krise einigermaßen zu steuern und das Land, das seit Jahrzehnten keine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung mehr erlebt hatte, endlich voran zu bringen. Dabei mussten alle Beteiligten jedoch Kompromisse machen, die in ihre Traditionen einschnitten. Als sie davon genug hatten (insbesondere die »Fünf Sterne«), lösten sie die All-Parteien-Regierung durch eine simple Palastrevolution auf.

Von daher dürfte klar sein, dass die neue Koalition eine Politik fahren wird, die die Interessen und Positionen der drei Partner widerspiegelt und ihre Wähler:innenbasis bei der Stange hält. Deren Grenzen haben wir oben dargelegt. Aber was heißt es positiv? Einige Punkte lassen sich schlagwortartig benennen:

Flüchtlinge, Schwule, Linke werden es schwer haben. Die Häfen dürften für die Flüchtlinge im Mittelmeer geschlossen werden. Ganz generell wird man mit schärferen Grenzkontrollen rechnen müssen. Sehr viel häufiger als bisher wird es zu Ausweisungen kommen. Entsprechend dem traditionellen Familienbild werden die Rechte aus dem LGBT-Bereich relativiert werden. Das Abtreibungsrecht wird ebenfalls eingeschränkt werden, ohne zwangsläufig das Gesetz ändern zu müssen; in der Region Marken, welche die Fdi seit längerem beherrscht, hat sie es durchgesetzt, dass weniger als ein Drittel der Ärzte es überhaupt noch riskiert, Abtreibungen vorzunehmen. Abzuwarten ist, wie sich der Umgang mit den Gewerkschaften und mit Grundrechten wie der Pressefreiheit entwickeln wird. Hier kann man sich an Beispielen wie Ungarn unter Orban oder den USA vormals unter Trump orientieren oder auch an Eskapaden in Italien selbst zur Regierungszeit von Berlusconi.

Für irgendeine Form faschistischer Politik wird die Meloni-Partei samt ihrer Koalition nicht stehen. Aber sie wird sich bemühen, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse nach rechts in einem Rahmen zu verschieben, der von Brüssel, Berlin und Washington noch toleriert werden kann. Ob sie sich damit lange halten kann, wird sich zeigen.

2. 10. 2022 ■

Nachtrag

Der Haushaltsentwurf der Regierung Meloni zeichnet sich vor allem durch Kontinuität aus, die strikte Haushaltsdisziplin der Regierung Draghi soll fortgesetzt werden. Das bringt ihr auch von Medien des sog. Mitte-Links-Lagers und sogar von politisch Verantwortlichen Lob ein. Für die Zeitung »La Stampa« hat Meloni mit diesem Entwurf die »Abschlussprüfung bestanden«.

Bisher hat die neue Regierung sich in folgenden Punkten hervorgetan:

Der Kurs gegenüber Bootsflüchtlingen und Seenotretter:innen wird Zug um Zug verschärft, z. B. die Verpflichtung, nach Aufnahme von Bootsflüchtlingen sofort einen zugewiesenen, in der Regel meist weit entfernten Hafen anzulaufen, ohne weitere Rettungsfahrten zu unternehmen; das hat die Wirkung, die Zahl der geretteten Flüchtlingszahlen pro Fahrt zu vermindern und die Kosten für die Organisationen in der Seenotrettung in die Höhe zu treiben; die ausgewählten Häfen liegen bevorzugt in den Städten mit linker Mehrheit. Es werden auch diplomatische Spannungen, z. B. mit Frankreich, in Kauf genommen, um Druck auf die EU zu machen.

Zuerst eine Kürzung und später die Abschaffung (ab 2024) des Bürgergeldes. Das Bürgergeld (Reddito di cittadinanza) ist in etwa mit Hartz IV (jetzt auch in Deutschland »Bürgergeld« genannt, s. Artikel in dieser Ausgabe) vergleichbar. Es soll etwa eine Million Menschen von der absoluten Armut gerettet haben. Aber was in Deutschland ein Rückschritt war, bedeutete für Italien einen gewissen sozialen Fortschritt, da es vorher für Menschen, die noch nicht gearbeitet hatten, gar keine soziale Absicherung gab. Sie waren auf die Familie angewiesen. Es soll durch eine neue Unterstützung ersetzt werden, die nur noch Arbeitsunfähige erhalten.

Gespart wurde auch bei Mietzuschüssen und dem Bau von Sozialwohnungen.

Im Haushalt sind Kürzungen im Gesundheitswesen, in der Bildung und der öffentlichen Verwaltung vorgesehen. Partielle Verbesserungen, etwa Mehrwertsteuersenkungen auf Grundbedarfsartikel, Erhöhung der Mindestrente werden durch die Inflation aufgeessen.

Für Lohnabhängige gibt es eine Milderung der Steuerprogression (so wird ein Keil getrieben zwischen Arbeitslosen und prekär Beschäftigten einerseits und besser verdienenden Lohnarbeitenden andererseits).

Es wurde eine Übergewinnsteuer festgelegt. Aber nach den Plänen der Regierung Draghi hätten dabei 11 Mrd. Euro eingenommen werden können, jetzt voraussichtlich nur noch 2,6 Mrd Euro.

Die Basisgewerkschaften riefen für den 2.12. zu einem »Generalstreik« gegen den Haushaltsplan und gegen den Kriegskurs auf. Die Basisgewerkschaften sind ein Konglomerat von Klein- und Kleinstgewerkschaften, die oft nur in einzelnen Branchen vertreten sind, aber in der Logistik, im ÖPNV, an Unis und Schulen sowie in Krankenhäusern teilweise durchaus einflussreich sind. Die Beteiligung am Streikaufruf soll nach ihren Angaben diesmal größer gewesen sein als bei vorherigen Aktionen. Gemeinsames Handeln der Basisgewerkschaften ist selten, konnte hier aber vollzogen werden. Der Streik soll durch Ausfälle von U-Bahnen und Flügen durchaus spürbar ge-

wesen sein. Der Begriff »Generalstreik« dürfte aber dennoch weit übertrieben sein.

Am 3.12. riefen die Basisgewerkschaften zusammen mit linken und kommunistischen Gruppen zu Demos auf. In Rom beteiligten sich 20.000 und in Neapel 10.000.

Die Basisgewerkschaften sind auf jeden Fall bedeutender als bei uns die FAU. Sie sind zum Teil Ergebnis von Überlegungen in linksradikalen Gruppen, die gerne eine bessere Gewerkschaft hätten, teilweise aber auch das Ergebnis von Konflikten innerhalb der CGIL, wo Teile der Mitgliedschaft in einigen Branchen unzufrieden waren mit dem Kurs der jeweiligen CGIL-Einzelgewerkschaft. Im Gegensatz zur FAU sind sie in der Lage, im Bereich der Logistik, im ÖPNV einiger Städte (z.B. Mailand) und am Mailänder Flughafen wirksame Streiks in strategisch wichtigen Sektoren zu organisieren.

Die »linke« CGIL (Confederazione Generale Italiana del Lavoro, größter Gewerkschaftsbund Italiens, vor 1991 »kommunistisch« orientiert, heute sozialdemokratisch) rief zu Aktionstagen zwischen dem 12. und 16.12. auf. Es gab mehrere Kundgebungen an unterschiedlichen Tagen.

Innerhalb der PD (Partito Democratico, sozialdemokratisch) macht die Quereinsteigerin Elly Schlein von sich reden, hat linke Parolen und will die Partei von unten erneuern.

28.12.22 ■



Beiträge und Dokumente zur Diskussion: Der Aufstieg des Rechtspopulismus · Kampf gegen rechts – Aber wie? Die politische Rechte in der Weimarer Republik und die Analysen der KPD-Opposition
Juli 2020 · 3,- Euro · Hrsg.: Gruppe Arbeiterpolitik

Stolperstein für Frida Winckelmann



Stolperstein-Verlegung in der Malchiner Str.

Auf Einladung der »Anwohner*inneninitiative Hufeisen gegen Rechts« versammelten sich am 12. Oktober unter musikalischer Begleitung von Isabel Neuenfeldt mehr als 50 interessierte Bürger*innen vor dem Haus Malchiner Str. 47 im Ortsteil Britz des Berliner Bezirks Neukölln, um einen Stolperstein in »Erinnerung an die antifaschistische Pädagogin und sozialistische Widerstandskämpferin«¹ Frida Winckelmann zu verlegen.

Frida Winckelmann war als Lehrerin tätig. Sie setzte sich dafür ein, dass auch die Kinder aus ärmeren Elternhäusern eine umfassende Bildung bekommen konnten. Sie engagierte sich aber auch in der Arbeiterbildung und trat für die Rechte der Frauen ein.

Sie realisierte schon früh, dass ihre Vorstellungen von der Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten an einer qualifizierten Bildung nur in einer sozialistischen Gesellschaft verwirklicht werden konnten. So trat sie schon früh den Organisationen der Arbeiterbewegung bei und engagierte sich in ihnen in vielfältiger Weise. Sie übernahm Verantwortung, wo sie gefordert wurde, blieb aber in ihrem persönlichen Auftreten und ihrer Lebensführung bescheiden².

Der Vertreter der Hufeiseninitiative stellte in seiner Gedenkrede einen Bezug zur Gegenwart her. Die Stolpersteinlegung für Frida Winckelmann sei auch zu verstehen als ein Zeichen gegen die in diesem Bezirk aggressiv auftretenden Neonazis. Diese hatten in den letzten Jahren mehrfach Stolpersteine entfernt oder verunstaltet.

Der Sprecher wies daraufhin, dass nach wie vor die Hintergründe der rechten Umtriebe im Bezirk ungeklärt seien. Weder wisse man, wer vor Jahren Burak Bektas er-

mordet habe, noch seien die über 20 Brandanschläge auf Sachen und Personen, u.a. auf einen Buchhändler und den Abgeordneten der Linken, Ferat Koczak, aufgeklärt. Obwohl der Täterkreis bekannt sei, hätten die Behörden in den vergangenen Jahren kein Interesse gezeigt, die inneren Strukturen der rechten Szene im Bezirk zu durchleuchten und die unmittelbar Verantwortlichen für die Taten zu ermitteln. Die wenigen Dinge, die bekannt geworden sind, seien, so der Redner, allein den Recherchen einzelner Bürger zu verdanken. In Zusammenarbeit mit diversen antifaschistischen Initiativen hätten sie dafür gesorgt, dass die Erin-

nerung an die Taten der Nazis im Bewusstsein der Öffentlichkeit lebendig geblieben seien und zu ihnen weiterhin politische Diskussionen geführt würden³.

Eine weitere Rede befasste sich mit der Aktualität der schulpolitischen Ansichten von Frida Winckelmann. Sie wurde von einem Lehrer gehalten, der in einer Gemeinschaftsschule arbeitet. Er machte darauf aufmerksam, dass die Vernachlässigung der Gemeinschaftsschulen gegenüber den Gymnasien hinsichtlich der Mittel- und der Personalausstattung durch die Berliner Vorgängerregierungen trotz anders lautender Bekenntnisse in den Wahlprogrammen sich unter dem rot-rot-grünen Senat nicht wesentlich geändert habe.

Die Initiative »Hufeisen gegen rechts« erinnert in unterschiedlicher Weise an Antifaschist*innen, die in der Hufeisen- wie der benachbarten Kugpfuhlsiedlung gelebt haben. Sie legt Stolpersteine, bringt Gedenktafeln an, organisiert Ausstellungen, veranstaltet Lesungen und mischt sich mit Plakaten in die aktuelle politische Diskussion ein. Rechnet man zu den namentlich gewürdigten Widerständlern noch ihre sog. stillen Helfer hinzu, die sie unauffällig unterstützten, wird deutlich, dass die Opposition im Faschismus bedeutend größer war, als gemeinhin in der bürgerlichen Öffentlichkeit behauptet wird. Damit die Erinnerung an diese Personen erhalten bleibt, stellt die Initiative ihre Lebenssituation, ihre berufliche Tätigkeit und ihr politisches Engagement ausführlich in eigenständig erstellten Broschüren vor.

Der Stolperstein für Frida Winckelmann ist, soweit wir wissen, der dritte Stolperstein, der für ein ehemaliges Mitglied der KPO in Berlin gelegt wurde. Die beiden anderen erinnern in der Corker Str. 29 in Wedding an Willy Sachse und in der Uhlandstr. 194a in Charlottenburg an Alfred Bergmann.

H.B., 10.01.2023 ■

1 Untertitel der von der Initiative herausgegebenen Broschüre. Frida Winckelmann – Erinnerung an die antifaschistische Pädagogin und sozialistische Widerstandskämpferin, Herausgegeben von der Anwohner*inneninitiative »Hufeisen gegen rechts«, Selbstverlag 2022

2 Dies schließt auch Bewohner*innen der Siedlungen ein, die allein aufgrund ihres jüdischen Glaubens von den Nazis verfolgt und drangsaliert wurden.

3 Mittlerweile sind achtzehn Broschüren erschienen. Sie sind aufgeführt unter www.hufeiserngegenrechts.de

Erinnerung an Frida Winckelmann



Frida Winckelmann gehörte zu den Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung, ohne die eine selbstständige kommunistische Bewegung in Deutschland nicht entstanden wäre. Sie verstand das Kaiserreich, die Militärdiktatur während des ersten Weltkrieges, die Weimarer Republik wie den Faschismus als Klassengesellschaft auf kapitalistischer Grundlage. Unabhängig davon wie jeweils die politische Ordnung aussah, musste man nach ihrer Überzeugung bedingungslos für die unterdrückten und ausgebeuteten Schichten Partei ergreifen.

Den Kriegskurs der SPD lehnte sie 1914 entschieden ab. Sie trat für die Einheit der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Faschismus ein. Als diese nicht zustande kam und dieser die politische Macht übernahm, beteiligte sie sich, ohne Rücksicht auf mögliche persönliche Nachteile zu nehmen, am Widerstand.

Frida Winckelmann wird bis heute von der bürgerlichen Presse und den sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen ignoriert¹. Noch vor Gründung der DDR wurde vom Gemeinderat ihres langjährigen Wohnortes Birkenwerder die Straße, in der sie wohnte und ihre Schule lag, nach ihr benannt. In der DDR verblasste die

Erinnerung an sie schon bald. Ihre politischen Überzeugungen in der Weimarer Republik wichen von der Linie der damaligen KPD so stark ab, dass sie der SED nicht als Vorbild dienen konnte. Immerhin blieb die Straßenumbenennung unangetastet, da sie unbestreitbar aktiv am Widerstand gegen den Faschismus teilgenommen hatte. Nach Anschluss der DDR an die Bundesrepublik wurde die Straße von einer Versammlung der Wendehälsa mit der Begründung in Bergstraße rückbenannt, Frida Winckelmann sei »als Persönlichkeit von Birkenwerder ... zu gering profiliert« gewesen.

Im Folgenden wollen wir die wichtigsten Stationen ihres Lebens kurz skizzieren und ihre pädagogischen wie politischen Aktivitäten vorstellen.

Frühes Engagement

Frida Winckelmann erblickte am 3. Juli 1873 das Licht der Welt. Sie wuchs in einer Kaufmannsfamilie auf. Ihre Eltern hielten es entgegen der vorherrschenden Auffassung im Kaiserreich für wichtig, dass alle ihre Kinder eine gute schulische Bildung erhielten und eine qualifizierte berufliche Ausbildung bekamen.

Nach Abschluss der höheren Mädchenschule strebte sie den Beruf der Lehrerin an. Sie besuchte mehrere Seminare und schrieb sich für einige Semester an der Universität ein. Nach Beendigung ihrer Ausbildung zog sie von Berlin nach Drebkau bei Cottbus, wo sie ihre ersten beruflichen Erfahrungen machte. Sie übernahm die Leitung eines Landeserziehungsheims.

Offensichtlich konnte sie dort ihre Vorstellungen von einer fortschrittlichen Bildung nicht umsetzen. So entschloss sie sich, nahe Berlin eine eigene Schule zu gründen. Sie stieß auf starke Widerstände der Behörden und hatte mit erheblichen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Doch sie meisterte all diese Probleme und eröffnete im Juni 1912 in Birkenwerder eine Bildungsstätte. Neben Kindern von aufgeschlossenen Bürgern der Stadt schickten führende Funktionäre der SPD ihren Nachwuchs in die Schule, weil sie ihre Sprösslinge aus unterschiedlichen Gründen nicht auf die staatlichen Schulen schicken wollten². Auch Emigranten der russischen Opposition, die von der zaristischen Justiz verfolgt wurden, meldeten ihre Kinder in die Schule von Frida Winckelmann an.

Die Schule trug sich nicht selber, so dass Frida Winckelmann auf Nebentätigkeiten angewiesen war. Der Schulbetrieb stand von Anfang an unter Beobachtung der staatlichen Stellen.

Nicht zuletzt wegen der Haltung der SPD zu schulpolitischen Fragen schloss sie sich Anfang der Nullerjahre der Sozialdemokratie an. Sie gehörte zum linken Flügel der Partei, der sich stark an Liebknecht, Luxemburg und Karl Radek orientierte. So war es konsequent, dass sie die Beschlüsse des Stuttgarter Kongresses der II. Internationale von 1907 vertrat, in denen die anwesenden Arbeiter-

¹ Es ist Heike Stange zu verdanken, dass Frida Winckelmann nicht gänzlich in Vergessenheit geraten ist. Stange hat in zwei Aufsätzen an sie erinnert und ihre politische Tätigkeit gewürdigt. Heike Stange, Zwischen Eigensinn und Solidarität: Frida Winckelmann, in: Hesselbach u.a., Gelebte Ideen Sozialisten in Thüringen, Jena 2006, S. 458f.; Heike Stange, Frida Winckelmann (KPD, KPO, SAP), in: »Jetzt endlich können Frauen Abgeordnete werden!« - Thüringer Parlamentarierinnen und ihre Politik, Weimar 2003, S. 66ff.

² Vgl. zur Schulpraxis in Birkenwerder einen Brief von Käthe Duncker vom 8. Juli 1917, zitiert nach Stange, S. 459

parteien erklärten, im Falle eines drohenden Krieges »alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern«. Und falls ein Krieg dennoch ausbrechen sollte, verpflichteten sie sich »für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.«³

Bruch mit der SPD

Nach Ausbruch des 1. Weltkrieges im August 1914 und der Entscheidung der Fraktion der SPD im Reichstag, der Vorlage der kaiserlichen Regierung zur Bewilligung von Kriegskrediten zuzustimmen, war die Reaktion von Frida Winkelmann konsequent. Sie schloss sich der Gruppe Internationale an, die später Spartakusgruppe genannt wurde. Als Anfang 1917 nach Antikriegsprotesten und Hungerdemonstrationen die linken Kräfte in der Partei einen Kongress abhielten und die Korrektur des Kriegskurses von Partei und Gewerkschaften forderten, wurden sie ausgeschlossen und gründeten im April 1917 die USPD. Frida Winkelmann trat mit der Spartakusgruppe der Partei bei.

Nach der Novemberrevolution wurde sie Mitarbeiterin im neu geschaffenen »Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung«. Sie entwickelte Programme, die insbesondere auf die bisher von der Teilnahme an Bildungsveranstaltungen ausgeschlossenen Gruppen der

3 Alle Zitate in diesem Absatz aus.: Stuttgarter Sozialistenkongress 1907/08/22 Resolution über den Militarismus und die internationalen Konflikte - Sozialistische Klassiker 2.0 (google.com)

Gesellschaft, Arbeiter und Angestellte sowie ihre Kinder, zugeschnitten waren.

Mit der Bildung der ersten Regierung nach den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919, an der die USPD aufgrund ihres bescheidenen Wahlergebnisses nicht beteiligt war, verlor sie ihren Posten. Mittlerweile Mitglied der KPD geworden, gründete sie mit Alexander Schwarz, einem Spartakusgenossen, die »Freie Hochschulgemeinde für Proletarier«, die sich schon bald in »Räteschule der Großberliner Arbeiterschaft« umbenannte. Sie bot Seminare für Betriebsräte und aktive Gewerkschafter an. Nach Zwistigkeiten zwischen ihr und Schwarz übergab sie 1922 die Schule dem ADGB, der sie bis 1933 fortführte.

Auch ihre private Schule in Birkenwerder, an der sie nebenher weiter unterrichtete, musste sie 1922 schließen. Die Behörden hatten ihr die Konzession für den Betrieb entzogen.

Sie entschloss sich, in Gotha einen Neuanfang zu wagen. Dort war das Klima für schulpolitische Neuerungen deutlich besser als im Freistaat Preußen. Mit Hans Jacobi und Albin Tenner fand sie zwei Mitstreiter, die ihr in pädagogischen wie politischen Fragen nahestanden. Gemeinsam entwickelten sie ein Konzept für eine Einheitschule. Ihr pädagogischer Ansatz unterschied sich diametral von dem in Preußen vorherrschenden. Dort hielt man am dreigliedrigen Schulsystem fest. Lernen wurde auf Pauken reduziert, das notfalls mittels körperlicher Züchtigungen eingefordert wurde.

Die Ideen der drei Reformpädagogen wurden Teil der Schulpolitik des Landes. Möglich wurde dies, weil in Thüringen starke Kräfte in der SPD diesen Ansatz teilten. Auch in anderen Fragen gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen den Arbeiterorganisationen entspannter als in Berlin. Der Versuch, Ende 1923 eine Arbeiterregie-

Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung



Walter Schmidt: Die illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49 von 1973 und 1988. Die Geschichte ihrer Entstehung und Überarbeitung zum 50. Jahrestag der Revolution von 1848/49 ... 3
 Andreas Heyer: Die kulturpolitischen Stellungnahmen gegen Friedrich Nietzsche in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ... 73
 Siegfried Prokop: Der Brief Walter Ulbrichts an Nikita Chruschtschow vom 4. August 1961. Eine Dokumentation ... 103
 Ulrich Busch: Kommunismus – Zukunftskonzept, alternative Utopie oder überwundene Realität? ... 127

Info Wissenschaftsverlag
 65. Jahrgang – März 2023 – Preis 14,00 EUR

1/2023

Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung

4 Ausgaben/Jahr
 ISSN 0942-3060, Preis Einzelheft
 16 EUR, Umfang 172 S.

Inhalt von Heft 1/2023 (im Druck)

- Walter Schmidt: Die illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49' von 1973 und 1988. Die Geschichte ihrer Entstehung und Überarbeitung. Zum 175. Jahrestag der Revolution von 1848/49 S. 3
 - Andreas Heyer: Die kulturpolitischen Stellungnahmen gegen Friedrich Nietzsche in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) S. 73

- Siegfried Prokop: Der Brief Walter Ulbrichts an Nikita Chruschtschow vom 4. August 1961. Eine Dokumentation S. 103
 - Ulrich Busch: Kommunismus – Zukunftskonzept, alternative Utopie oder überwundene Realität? S. 127

Bericht

- Jürgen Hofmann: Politische Ökologie der Arbeit in Zeiten von Katastrophen. Von der 57. Konferenz der ITH in Linz S. 147

Diskussion zum Buch

Anmerkungen von Christian Stappenbeck zum Buch von Siegfried Prokop: Probleme der Geschichte der DDR. Die Ulbricht-Ära (1950–1970), Berlin 2022 S. 149

Würdigung

- Christel Berger: Dieter Schiller zum Neunzigsten Geburtstag S. 155

Nachrufe

- Jürgen Hofmann: Horst Helas (1946–2022) S. 161
 - Horst Schützler: Nachruf auf Eckart Mehls (1935–2022) S. 165
 - Ursula Reinhold: Nachruf auf Helmut H. Schulz (1931–2022) S. 167

Rezensionen

- Dieter Schiller: Am Rand mittendrin – Achtzig Jahre am Schreibtisch und im wirklichen Leben. Autobiografische Skizzen. Edition Schwarzdruck Gransee 2021. 262 S. (Siegfried Prokop) S. 169
 - Ute Mohrmann: Ethnographie in der DDR. Rückblicke auf die Fachgeschichte, Berliner Blätter. Ethnologische und ethnologische Beiträge, 79/2018, 253 S. (Walter Schmidt) S. 170

Inhalt von Heft 4/2022 (Auszug)

- Matthias John: Karl Liebknechts bedeutendster Prozess – der Königsberger Prozess (Teil VI) S. 11
 - Karla Bilang: 1100 Jahre Erste Russische Kunstausstellung, Berlin 1922. Unter besonderer Berücksichtigung des Anteil der ukrainischen Avantgarde und der Gleichberechtigung der Künstlerinnen S. 65
 - Siegfried Prokop: Das Gespräch von Erich Honecker mit Deng Xiaoping im Jahre 1986 S. 89

Jahresinhaltsverzeichnisse 35. Jg. (1993) bis 65 Jg. (2023) unter:
http://www.trafoberlin.de/geschichte-der-arbeiterbewegung/bzg_Inhalt.html

Bestellungen über jede gute Buchhandlung oder direkt beim Verlag:

trafo Wissenschaftsverlag, Finkenstraße 8, 12621 Berlin
 eMail: info@trafoberlin.de Tel.: 030/612 99 418

nung zu bilden, besaß hier eine Basis⁴. Doch der Einmarsch der Reichswehr im Oktober 1923 in Sachsen und Thüringen machte alle Hoffnungen auf einen Neuanfang zunichte⁵.

Nach der sog. Reichsexekution verschob sich das politische Klima in Thüringen stark nach rechts. Ende 1925 wurde Frida Winckelmann aus dem Schuldienst entlassen. Sie hatte etwa zwei Jahre kaum Einkünfte und musste hungern.

Für eine eigenständige kommunistische Politik

Trotz der taktischen Wende der KPD während der Zeit der sog. Fischer-Maslow Parteiführung 1924/25 hielt sie an ihren einheitsfronttaktischen Überzeugungen fest. Der Lohn stellte sich 1927 ein. Sie wurde an exponierter Stelle auf die Liste der KPD zu den Landtagswahlen gesetzt und erhielt ein Landtagsmandat. Als Abgeordnete nahm sie vielfach zu aktuellen Fragen der Landespolitik Stellung, insbesondere zu frauen- und schulpolitischen Themen.

Wie die meisten Mitglieder der Landtagsfraktion geriet sie Anfang 1928 in einen Widerspruch zur offiziellen KPD-Linie, die auf den Kurs der ‚Einheitsfront von unten‘ umschwenkte. Gewerkschaftsmitglieder sowie bisher Unorganisierte sollten in eigenen Organisationen außerhalb der ADGB-Verbände zusammengefasst werden. Der Konflikt wurde in Thüringen hart ausgefochten, da hier der Widerstand gegen die neue Taktik besonders stark war.

Frida Winckelmann weigerte sich Anfang 1929 mit drei weiteren Mitgliedern der KPD-Fraktion (Albin Tenner, Paul Fischer, Hermann Schulze⁶) die beiden ausgeschlossenen Parteimitglieder Hans Tittel und Otto Engert auch aus der Fraktion auszuschließen. Sie bildeten stattdessen mit den beiden eine Fraktionsgemeinschaft. Daraufhin wurde auch sie aus der Partei ausgeschlossen. Die KPD besaß fortan nur noch zwei Anhänger im thüringischen Landtag. Sie konnten keine Fraktion mehr bilden, weil dazu mindestens drei Abgeordnete notwendig gewesen wären. Die KPD-Fraktion war zur Fraktion der KPD-Opposition geworden⁷.

Lange konnten die KPÖler nicht im Landtag wirken. Die Legislaturperiode endete im Dezember 1929. Bei den folgenden Wahlen erhielt die Liste der KPD-Opposition immerhin 1,5% der Stimmen, was aber nicht reichte, um in den Landtag einzuziehen.

Frida Winckelmann zog sich mit ihren Freunden Hugo Jacobi und Albin Tenner nach Birkenwerder zurück. Dort war sie weiter für die KPO aktiv, entschloss sich aber Anfang 1932 mit einer Minderheit der Gruppe in die neu gegründete SAP zu wechseln. Sie hoffte, so der wachsenden faschistischen Gefahr besser begegnen zu können. Doch ihre Erwartungen wurden enttäuscht.

Im Widerstand

Als im Februar 1933 ein Teil der SAP-Führung unter Rosenfeld und Seydewitz das Scheitern des Projektes erklärte und die Mitglieder aufforderte, je nach Neigung in die beiden großen Parteien der Arbeiterbewegung zurückzukehren, blieb Frida Winckelmann in der Organisation und bereitete sich mit ihren Freunden auf die Illegalität vor. Sie war vor allem in Breslau und in Berlin aktiv. In Berlin beteiligte sie sich in Reinickendorf, wo die SAP in der »Weißen Stadt« viele Anhänger hatte, und in Britz, einem Ortsteil von Neukölln, an diversen Widerstandskaktionen.

Schon bald nach Etablierung der faschistischen Herrschaft wurde sie verhaftet. Sie kam ins Frauengefängnis Barnimstr., anschließend ins KZ Mohringen, das erste Frauen-KZ. Ein Prozess wurde ihr nicht gemacht. Sie erhielt, wie viele politische Gefangene, den Status eines »Schutzhäftlings«. In der Gefangenschaft organisierte sie, soweit es die Umstände erlaubten, Weiterbildungskurse für ihre Mithäftlinge.

Am 19. April 1934 wurde sie entlassen, konnte aber nicht in ihre frühere Wohnung zurück. Die Nazis hatten ihr Haus in Birkenwerder konfisziert und die Kommunalbehörden ihr den Aufenthalt in der Stadt verboten. In den folgenden Monaten kam sie in Berlin bei Freunden unter, musste aber immer wieder die Unterkunft wechseln. Schließlich konnte sie über persönliche Beziehungen in Britz in der Malchiner Str. 47 eine kleine Wohnung beziehen. Frida Winckelmann setzte ihre antifaschistische Arbeit fort, was schwierig war, weil sie ständig unter Beobachtung der Gestapo stand. Sie verstarb am 4. November 1943 an einer Krankheit.

Weitere Details ihres Lebens finden sich in der gut aufgemachten, sachlich korrekt recherchierten und lebendig geschriebenen Broschüre der Initiative Hufeisensiedlung, die anlässlich der Stolpersteinlegung für sie herausgegeben wurde (Frida Winckelmann – Erinnerung an die antifaschistische Pädagogin und sozialistische Widerstandskämpferin, Herausgegeben von der Anwohner*inneninitiative »Hufeisen gegen rechts«, Selbstverlag 2022). Die Broschüre kann bezogen werden über Redaktionsadresse oder als Pdf-Dokument von der Homepage der Initiative heruntergeladen werden (www.hufeisengegenrechts.de).

H.B., 10.01.2023 ■



4 Vgl. Paul Mitzenheim, Die Greilsche Schulreform 1921 – 1923, in: Manfred Weißbecker (Hrsg.), Rot-Rote Gespenster in Thüringen, Jena 2004, S. 79ff.

5 August Thalheimer, 1923: Eine verpaßte Revolution?, Berlin 1931, Reprint Bremen o.J.

6 Zu den Biografien vgl. die entsprechenden Aufsätze in: Gelebte Ideen, a.a.O.

7 Vgl. zu den Vorgängen GdS (Gegen den Strom) 7, S.13f.; GdS 8, S. 10f.; GdS 9, S. 12f.; Siehe auch Steffen Kachel, Ein rot-roter Sonderweg?, Köln Weimar Wien 2011, S. 186-202.